

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Zweihundstiezigster Jahrgang.

Inserate
1¼ Sgr. für die fünfgesparten Seiten oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Annoncen - Annahme - Büros der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (G. G. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogat bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Castiel; in Grätz bei Herrn Louis Streitand und Herrn P. Kempner; in Bromberg G. S. Mittler, die Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Wosse; in Berlin: A. Reitemeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Fabath; Jenke, Blaß & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 12. April. Se. M. der König haben Allerhöchst geruht: Dem Geh. Reg.-Rath und Professor Dr. Rabeburg zu Neustadt. Ebersberg zu Neukirchen im Kreise Ottweiler und dem bisherigen Vorsteher des Kommandanten der Hauptbank, Rechnungs-Rath Weiß, den Rothen Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; dem Landrat Grafen v. Franken-Sierspoff auf Endersdorf im Kreise Grottkau, dem bisherigen Direktoren des Progymnasiums zu Charlottenburg, Oberlehrer Dr. Reichendorf, dem Kreisgerichts-Sekretär, Kanzleirath Zimmermann zu Weißensee, dem Steuerinspektor Büttler zu Frankfurt a. M., dem Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Dampfschiffkapitän Ries zu Köln, den R. Kronenorden vierter Klasse; dem Steuermann und Postpediteur Barth zu Nowawes bei Potsdam das Kreuz der vierten Klasse des R. Hausordens von Hohenzollern; sowie dem Steueraufseher Aufschlag zu Thale im Kreise Altenberge, dem Diener und Haushälter Kloß bei der Universitätsbibliothek in Breslau und dem Feldhüter Hendrichs zu Uedem im Kreise Kleve das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; den bisherigen Superintendenten Kleedehn in Freienwalde a. Pr. zum Konfessorialrath und Mitglied des Konfistoriums der Provinz Pommern zu ernennen und dem Kreis-Sekretär v. Banchet in Neu-Ruppin den Charakter als Kanzleirath zu verleihen.

Die Baumeister v. Bannwarth zu Iserlohn und Noering zu Königswberg i. Pr. sind zu R. Landbaumeistern ernannt und ersterem die erledigte technische Hülfsarbeiter-Stelle bei der R. Regierung zu Merseburg, letzterem die gleiche Stelle bei der R. Regierung zu Gumbinnen verliehen worden.

Der Notar Mosler in Kreuznach ist in den Friedensgerichtsbezirk Königswinter, im Landgerichtsbezirk Bonn, versetzt worden.

Der Lehrer Küpper zu Osnabrück ist an dem Schullehrer-Seminar zu Kurich als dritter ordentlicher Lehrer angestellt worden.

Aus dem Bundeshaushalt für 1870.*)

(Fortsetzung.)

Die gesammten Einnahmen des Bundes betragen 49,971,474 Thlr., nämlich aus Zöllen und Verbrauchssteuern 48,506,950 Thlr., von dem Überschusse der Post- und Telegraphen-Verwaltung zur Deckung der extraordinären Ausgaben 32,073 Thlr., resp. 77,807 Thlr., aus verschiedenen Einnahmen 103,568 Thlr. (910 Thlr. aus dem auswärtigen Amt, 21,000 Thlr. von den Konsulaten, 65,000 Thlr. von der Militär- und 15,998 Thlr. von der Marine-Verwaltung), aus der Bundes-Anleihe 1,251,076 Thlr., in Summe 49,971,474 Thlr. Es bleiben also, da die Ausgaben des Bundes 75,958,945 Thlr. betragen, noch 25,987,021 Thlr. rechnungsmäßig durch Matrikular-Beiträge aufzubringen, in Wirklichkeit aber ein höherer Betrag nämlich 26,726,576 Thlr., weil die Nachlässe an den Militärausgaben mit 733,635 Thlr. und an den Ausgaben für die Bundesgesandtschaften, welche den eigene Gesandtschaften haltenden Bundesstaaten zugestanden sind, mit 5920 Thlr. hinzutreten. Diese 26,726,576 Thlr. sind auf die einzelnen Staaten nach ihrer Seelenzahl zu repartieren, wobei den betreffenden die Nachlässe und ihre Anteile an den Postrevenuen (Überschuss der Postverwaltung nach Abzug der oben erwähnten extraordinären Ausgabe 237,371 Thlr.) zu gute gerechnet werden.

Die Ausgabe für die Bundesarmee soll für 229,704 Mann à 225 Thlr. betragen 67,433,400 Thlr. Durch die Nachlässe vermindert sich diese Ziffer auf 66,699,765 Thlr. Von diesen Nachlässen, die vertragsmäßig zugestanden sind und allmälig abnehmen, entfallen auf Sachsen-Weimar 110,200½ Thlr. Oldenburg 90,930 Thlr. Sachsen-Meiningen 70,146 Thlr. Sachsen-Altenburg 54,553½ Thlr. Coburg-Gotha 132,971½ Thlr. Anhalt 72,252 Thaler, Schwarzburg-Rudolstadt 29,038½ Thaler, Schwarzburg-Sondershausen 26,244 Thaler, Waldeck 22,882½ Thlr., Neuß a. L. 16,767 Thaler, Neuß j. L. 33,331½ Thaler, Schaumburg-Lippe 12,150 Thaler, Lippe 44,874 Thaler, Lübeck 17,294 Thlr.

Die Nachlässe an dem Etat des auswärtigen Amtes vertheilen sich auf Sachsen mit 4500 Thlr., Hessen mit 340 Thlr., Mecklenburg-Schwerin mit 900 Thaler und Braunschweig mit 180 Thlr.

Die Höhe der Militärausgaben des Bundes richtet sich bekanntlich nach der Friedenspräsenzstärke des Bundesheeres, und diese soll 1 Prozent der Bevölkerung von 1867 betragen. Aber welche Bevölkerungszahl ist hier zu Grunde zu legen? Diese Frage wird in der gründlichen Arbeit über die Bundesfinanzen in "Hirths Annalen" (2. Heft, S. 191) aufgeworfen: Soll die Zollabrechnungs-Bevölkerung mit 29,970,478 Seelen, oder die lediglich ortsanwesende Bevölkerung mit 29,906,057, oder die staatsangehörige mit 29,857,419 (einschließlich der im Bundesauslande abwesenden) oder die ortsanwesende und zugleich bundesangehörige mit 29,758,540, oder endlich die staatsangehörige und zugleich ortsanwesende mit 29,339,624 Seelen maßgebend sein? — Der Etat für 1870 führt beiläufig die erste und höchste der oben genannten Zahlen an und berechnet danach die Militärausgaben auf 299,704 × 225 Thlr. = 67,433,400 Thlr., von denen an vertragsmäßigen Nachlässen 733,635 Thlr. abgehen. Nimmt man aber als verfassungsmäßige Norm die lediglich bundesangehörige Bevölkerung an, so ergiebt sich eine Präsenzstärke von nur 298,574 Köpfen und mithin ein Brutto-Ausgabebetrag von nur 67,179,150 Thlr. Zu den erwähnten

vertragsmäßigen Nachlässen würde also noch ein Abschlag von 254,250 Thalern kommen, so daß der Etat der Militärverwaltung anstatt mit 66,699,765 nur mit 66,445,515 Thlr. abschließen hätte. Diese Summe würde sich noch um weitere 222,300 Thlr. vermindern, wenn man nur die im Bundesgebiete anwesenden, nicht auch die im Auslande befindlichen Bundesangehörigen in Rechnung ziehen wollte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Brüsseler "Independence" schreibt, die belgisch-französischen Verhandlungen seien einstweilen abgebrochen, da der Minister Frère-Orban eine neue Proposition vorbereite. Die bei den Nummern der "Independence", welche die Angelegenheit ausführlich besprechen, sind hier übrigens mit Beischlag belegt worden. Dagegen drückt die "France" beide Korrespondenz-Artikel ab, jedoch mit folgendem Kommentar versehen:

"Wir glauben, daß diese Meldungen in ihrer Gesamtheit nicht ungenau sind. Wir beschränken uns auf einige Bemerkungen. Im Widerspruch mit der Andeutung des Korrespondenten der "Independence" hat weder gestern noch heute zwischen Herrn Frère-Orban und Hrn. Rouher eine neue Konferenz stattgefunden. Nach den ersten Besprechungen erklärte der belgische Premier, daß er demnächst ein Projekt vorlegen werde, über welches man in einer ernste und praktische Diskussion treten könnte. So liegt gegenwärtig die Frage. Die überaus höflichen und beiderseits von dem verschönlichsten Geiste erfüllten ersten Unterredungen bezogen sich nur auf die allgemeinsten Punkte der Angelegenheit."

Bestätigung, daß in der Hauptsache noch keine Verständigung erfolgt ist, findet sich auch in nachstehender, der "Weserz." aus Berlin zugegangenen Depesche:

Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, hält Frankreich an der Ratifikation der Eisenbahn-Fusionsverträge ebenso fest, wie Belgien dieselbe verweigert. Die Nachrichten von einer bereits erfolgten Verständigung über die Hauptpunkte der Frage sind demnach nicht richtig, die Schwierigkeiten haben sich vielmehr vergrößert.

Deutschland.

Berlin, 12. April. Bei der Organisation des Oldenburgischen Dragoner-Regiments wurde demselben das entbehrlieche Bekleidungs- und Ausrüstungsmaterial der beiden vornehmsten Hamburger-Kavallerie-Schwadronen überwiesen. Beim Eingang desselben in Oldenburg ist eine Eingangsabgabe im Betrage von 1899 Thlr. 23 Sgr. und in einem ähnlichen Falle noch eine Abgabe von 8 Thlr. 16 Sgr. erhoben worden, allerdings mit vollkommen gesetzlicher Begründung, da der zollvereinsländische Ursprung der Gegenstände nicht nachgewiesen werden konnte. Man hat aber erwägen müssen, daß die gedachten Gegenstände nicht von der Bundes-Militär-Verwaltung im Auslande angekauft, sondern nur in Folge der Organisation des Bundesheeres von einem Truppenteil auf den andern übertragen worden sind. Aus diesem Grunde hat der Vorsitzende des Zollbundestraths bei diesem beantragt, daß die Eingangsabgabe für die gesammten Gegenstände im Gesamtbetrage von 1903 Thlr. 9 Sgr. zurückgestattet werde. — Auf Grund früherer Beschlüsse des deutschen Zollvereins waren die Häfen von Brake und Geestemünde zum Auslaufen vereinsländischer Schiffe mit dem Anspruch auf zollfreien Einlaß der Produkte ihres Seefischfangs eröffnet worden. Als diese Beschlüsse gefaßt wurden, waren aber die beiden genannten Häfen die einzigen Freihafenplätze des Zollvereins. Seitdem sind neuerdings Bremen, Bremerhaven, Hamburg mit Kurhafen und Altona hinzugetreten, und daher ist nun vom Vorsitzenden des Zollbundestraths der Antrag gestellt worden, der Bundesrat wolle sich damit einverstanden erklären, daß den aus den jetztgenannten Häfen ausgelaufenen norddeutschen Schiffen der Anspruch auf zollfreien Einlaß der Produkte ihres Seefischfangs unter gleichen Bedingungen, wie den aus Brake und Geestemünde ausgelaufenen Schiffen gestattet werde. — Wie im vorigen Jahre, so hat auch in diesem Jahre wieder der Direktor des Lyceums zu Hannover, Dr. Ahrens, bei Gelegenheit der Feier von Königs Geburtstag eine von patriotischer Gesinnung und staatsmännischer Einsicht zeugende Festrede gehalten. Gegen Schluß derselben nimmt der Redner, anknüpfend an den Hildesheimer Silberfund, der bekanntlich auf die Zeiten Hermanns zurückgeführt wird, Veranlassung, die Bestrebungen Hermanns für die deutsche Einheit hervorzuheben. Ihm folgend, hätten sich namentlich zunächst die sächsischen Kaiser in hervorragendem Maße um das Einigungswerk Verdienst erworben, bei welcher Gelegenheit der Redner die interessante Bemerkung macht, daß fast überall die Konzentration der Völkerstämme zu einheitlichen Nationen vom Norden der Länder ausgegangen sei, so in Nordamerika, in Spanien, Frankreich, Italien und in Deutschland, wo dem niederdeutschen Stämme die hohe Aufgabe zugefallen sei. Von den sächsischen Fürsten sei auf die Hohenzollern das Erbteil übergegangen, das Werk der deutschen Einigung zu Ende zu führen und zur Errreichung dieses Ziels hätten die preußischen Fürsten vom großen Kurfürsten an all ihre Kräfte aufgeboten; im höchsten Maße sei aber das Werk des jetzt lebenden Königs mit Erfolg gekrönt worden. — Während der Regierung Friedrich Wilhelms IV. war es regelmäßiges Herkommen, daß dem Könige alle Pläne für große Staatsbauten vorgelegt wurden, da der verstorbene König dieser Angelegenheit warme Theilnahme widmete und dafür das eingehendste Sachverständnis besaß. Auch der gegenwärtige König widmet

dieselben Gebiet groÙe Aufmerksamkeit, und deshalb ist jetzt in den verschiedenen Ministerialdepartements die nötige Anordnung getroffen, um die Pläne der größeren Staatsbauten zur Kenntnisnahme des Königs zu bringen.

— Voraussichtlich werden sich bis spätestens zum nächsten Frühjahr die noch offenen Offiziersstellen bei der aktiven Armee bis zur vollen Höhe des Etats besetzt finden. Die "Woss. Z." macht darüber nachstehende spezielle Angaben:

Mit Anfang dieses Jahres fehlten hieran bei der Infanterie noch 259, bei der Kavallerie 335 und bei der Artillerie 116 Sekonde-Lieutenants, 63 von diesen 711 offenen Stellen sind mit der letzten Kadettenprüfung durch gleich als Sekonde-Lieutenants in die Armee übergetretene Kadetten bestellt worden, wozu mit der diesjährigen Prüfung auf den 6 vorhandenen Kriegsschulen und der vereinigten Artillerie- und Ingenieur-Schule mindestens noch 400 bis 500 Sekonde-Lieutenants avancierte Portepeefähnriche hinzutreten. Der kleine Rest der dann noch bleibenden Stellen wird aber wahrscheinlich durch die Kadettenprüfung im nächsten Jahre seine Deckung erhalten. Mit diesem Jahre sind aus dem bestigen Hauptkadettenhause außer den 63 gleich zu Offizieren avancierten Kadetten noch 197 Kadetten als Portepeefähnriche in die Armee übergetreten und dürfte sich die Durchschnittszeit der fortan Jahr für Jahr von dieser Anstalt an die Armee überwiesene Böblinge auf 200 bis 240 stellen. Für die Ausbildung zu Reserveoffizieren sind ein Theil der mit der Offizierqualifikation ausgeschiedenen einjährigen Freiwilligen schon jetzt zu einer mehrwöchentlichen Übungspériode bei ihren früheren Truppenteilen wieder eingezogen worden, womit wahrscheinlich im Verlauf des ganzen Sommers fortgefahren werden wird. Diese Offiziere befinden sich indes der Armee noch über ihren eigentlichen Offiziersetat zugethelt, und sind dieselben bestimmt, für den Eintritt einer Mobilisierung zu je einem per Kompanie den aktiven Truppen zugethelt zu werden, wogen dann eine theilweise Abkommandierung der aktiven Offiziere zu den neuerrichteten Erst- und vierten Bataillonen wie zu der Landwehr stattfindet. Die Deckung des hierzu erforderlichen Bedarfs an Reserveoffizieren steht indes wenigstens für die erst neuerrichteten Truppenteile noch aus, und darf auch schwerlich in den nächsten Jahren schon vollständig bewältigt werden.

Gumbinnen. In unserer gestrigen Depesche war u. A. gesagt, daß der Oberpräsident v. Horn bei der Vorstellung des Magistrats die Opposition gegen den Kirchthurm-Bau gemäßigt habe. Die "Danz. Z." gibt dazu folgende Erklärung:

Der Stadt waren vom verstorbenen Könige 8000 Thlr. als Gnaden geschenkt zum Bau eines Thurmes an der altpädischen Kirche zugewiesen worden. Die Summe liegt noch immer bei der k. Regierung, weil die Ausführung des Thurmbaus bis jetzt noch nicht von den städtischen Behörden beschlossen wurde. Bei dem jetzigen Arbeitsmangel wünsche nun die Regierung, daß die 8000 Thlr. ihrem Zwecke gemäß zur Verwendung kämen; die Herren Stadtverordneten Bremel, Bentheuer und Genossen fanden sich aber veranlaßt, abgesessen von einer Beschwerde über die seiner Zeit von der Regierung herbeigeführte Wahl anderer dem qu. Bau günstig bestimmter Repräsentanten, bei dem Könige den Antrag zu stellen, den Willen des hochseligen Königs abzuändern und die genannte Summe einem Fonds zuzuwenden, der die Bestimmung erhalten soll, in späteren Jahren ein Armenhaus für den Kreis Gumbinnen zu bauen, wenn dessen Kreisstände zur Einrichtung eines solchen sich entschließen.

Lübben. 11. April. In dem soeben erschienenen Heft pro März und April c. des Schulblatts der Provinz Brandenburg, S. 140, verlangt ein Lehrer Henske-Marienwerder, um den Schulbesuch zu fördern, wörtlich:

"Ein Rekrut, welcher keine Schulbildung hat, müßte 5 Jahre, derjenige, welcher eine städtische Elementarschule oder die mittleren Klassen höherer Unterrichtsanstalten mit gutem Erfolge besucht hat, zwei Jahre im stehenden Heere dienen. Für die einjährige Freiwilligen dürfen die jetzigen Anforderungen genügen. Ich zweifle nicht, daß derartige gesetzliche Bestimmungen wesentlich den regelmäßigen Schulbesuch zu fördern geeignet wären. Es gilt den Versuch!" (W. Z.)

Gotha. 12. April. Die Regierung hat heute dem Speziallandtag nochmals das Gewerbesteuergesetz behufs Deckung des Defizits vorgelegt.

Oesterreich.

Wien. 10. April. Wie aus Prag gemeldet wird, hat der Zwiespalt zwischen den Kardinälen Schwarzenberg und Rauscher ersteren veranlaßt, seine Theilnahme an einer Wiederholung der Bischofskonferenz wegen der Schulgesetze abzulehnen. — Die Session des ungarischen Reichstages, der am 20. d. eröffnet wird, soll, dem Vernehmen nach, zwei Monate dauern, so daß der Zusammentritt der Delegationen in Wien erst im Juli in Aussicht genommen ist.

Lemberg. 7. April. Die Juden heben, deren Schauplatz zu wiederholten Malen die Stadt Jaroslau war, scheinen nicht vereinzelt bleiben zu wollen. Wie aus Nizelzow und Przemysl gemeldet wird, sammt es auch dort zu bedeutenden Schlägereien zwischen der jüdischen und christlichen Bevölkerung. Heute war wieder Lemberg der Schauplatz eines solchen Exzesses. Ein Etiquettenstreit zwischen einem hiesigen Bürger und einem Juden gab das Signal dazu. Die Härtlichkeit nahmen solche Dimensionen an, daß Militär requirierte werden mußte, um die Kämpfenden auseinander zu bringen. Viele Verwundungen, und einige sogar lebensgefährliche, sollen vorgekommen sein. — Einer der berühmtesten polnischen Schriftsteller, Abgeordneter des preußischen Landtages, Dr. Karl Libelt, wird hier Sonntags aus Polen anlangen, um einige Vorlesungen über Astronomie und Ästhetik zu halten. Es wird ihm hier ein überaus glänzender Empfang vorbereitet. Unter Anderem wird hier in den Sälen der bürgerlichen Schießstätte ein Bankett zu seinen Ehren stattfinden, an dem sich über 200 Personen aller Stände, vom Erzbischof und dem Landesausschuß angefangen, beteiligen werden.

Belgien.

Brüssel. 12. April. (Tel.) Aus Seraien wird gemeldet, daß die Zusammenrottungen der Arbeiter durch die Truppen gestern

Abend zerstreut worden sind. Mehrere Personen wurden verwundet. Größere Dimensionen hat die Arbeitseinstellung nicht angenommen.

Italien.

Florenz, 11. April. (Gel.) Die „Correspondance Italienne“ teilt mit, daß der Kommandeur Karlo Kadorna zum italienischen Gesandten am Hofe von St. James ernannt ist. — „Opinione“ meldet die Versezung des Grafen Korti, bisherigen Gesandten in Madrid, in gleicher Eigenschaft nach dem Haag, und die Kerruttis, bisherigen Gesandten in Washington, in gleicher Eigenschaft nach Madrid. Der Generalsekretär im Ministerium des Auswärtigen, Barbolani, ist zum Vertreter Italiens in Konstantinopel ernannt, und Karotti di Kantogno, bisher Gesandter im Haag, in den Staatsrat berufen worden.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Bukarest, 11. April. Man kennt jetzt das Gesamtresultat der Wahlen zur Deputirtenkammer. Es sind 147 gewonnen und nur 10 oppositionell ausgefallen. — Die Regierung beabsichtigt, demnächst ihren Depeschenwechsel mit den auswärtigen Kabinetten in Angelegenheit der Judentverfolgungen und Bulgarenbanden im Amtsblatte zu veröffentlichen. Auf diese Weise steht auch ein „rumänisches Farbenbuch“ in nächster Aussicht.

Griechenland.

Aus **Athen**, 10. April meldet Reuters Bureau: Der König, die Königin und Prinz Friedrich sind heute nach Korfu abgereist. Der König wird in einigen Tagen zum Empfang des Prinzen von Wales hierher zurückkehren.

Amerika.

Buenos-Ayres, 25. Febr. Während Lopez mit dem Reste seiner Armee in der Sierra haust, ist Asuncion und ganz Paraguay weiter nichts als ein brasilianisches Lager. Im Lande herrscht aber eine liberale und eine despottische Partei; die erstere vertreten durch Dr. Francisco Decoud, die andere, aus Schülern und Anhängern des Dr. Francia und des Vaters Lopez bestehend, durch die Familien Recalde, Machain und Turburo vertreten, welche die Apostel des Jesuitismus, des chinesischen Absperrungssystems und des Monopolismus der Erzeugnisse Paraguays sind. Wohin dieses System führt, hat der letzte Krieg gezeigt, und natürlich die Einzelheiten, welche denselben folgten. Lopez hat ganze Familien ausrotten, die Männer erschießen, die Frauen peitschen lassen; die Gefangenen, wie z. B. unser Major von Berlen, nur so weit verpflegt, daß sie eben nicht verhungerten, und sie trotz ihres elenden Zustandes zu den härtesten Arbeiten gezwungen. Nach seinen Niederlagen bei Bilbao und Angostura mußten die Familien ihm in die Bergwaldungen folgen und so fanden die Allüren bei ihrem Einzuge in Asuncion diese Stadt ohne eine menschliche Seele. Die Brasilianer haben sich sehr schlecht benommen, indem sie alles plünderten, was nicht niet- und nagelfest war, nicht nur Staatseigentum, sondern auch in den Privathäusern. Einige Tage nach dem Einmarsche unternahmen zwei argentinische Kavallerie-Regimenter einen Zug in die Berge und brachten tausend und einige Familien mit, im wahren Sinne des Wortes nackt und halb verhungert. Diese haben entsetzliche Dinge erzählt. — Alles ist gegen die Herrschaft des Diktators Lopez und deren Fortsetzung unter irgend einem anderen Namen, jene drei oben genannten Familien angenommen, welche nur ihren Privatwohl suchen und ihn in dem

Monopol der Verba, der verschiedenen Hölzer, des Tabaks und Zuckers auch finden würden. Diesen tritt die Partei Decoud entgegen, deren Haupt Dr. Francisco, Oberstleutnant in argentinischen Diensten, ein hochgebildeter, sehr reicher Mann ist, der mit durchaus europäischer Bildung die Lage seines Landes mit scharfem Blütte überschaut und sehr richtig sagt, daß für Paraguay die freie Einwanderung und der freie Erwerb eine Lebensfrage sei und der in diesem Sinne eine provisorische Regierung herzustellen bemüht ist. Selbstverständlich ist er, der Parteiführer, auch als Kandidat aufgestellt worden. Vor einiger Zeit erschien in Buenos-Ayres Don Serapio Machain, Haupt der Genepartei, mit einer Petition von etwa 500 Unterschriften, worin um Einsetzung einer provisorischen Regierung gebeten wird. Dies ist der Standpunkt der Angelegenheit, und es ist ein lebhafter Zeitungskrieg für und wider entbrannt. (Köln. 3.)

Washington, 10. April. (Gel.) Das Repräsentantengesetz hat dem von dem Senate angenommenen Amendement Mortons zu der Bill Butler's in Betreff der Staaten Georgia, Mississippi und Texas seine Zustimmung ertheilt. Ferner hat das Haus einstimmig die Resolution angenommen, daß der Präsident ermächtigt sein soll, die Unabhängigkeit Kubas anzuerkennen, sobald dafelbst irgend eine Regierung, deren Form republikanisch, de facto errichtet sein würde. — Die Resolution ist nicht an den Senat gelangt. — Der Kongreß hat sich bis zum 7. Dezbr. vertagt, doch wird der Senat Montag noch eine Sitzung abhalten, um über Ernennungen und Verträge zu berathen.

Norddeutscher Reichstag.

17. Sitzung.

Berlin, 12. April. Eröffnung um 11¹/2 Uhr. Am Tische des Bundesrats Präsident Delbrück, Michaelis u. A. — Abg. v. Bernuth interpellierte den Bundeskanzler: I. Hinsichtlich des Entwurfs einer gemeinsamen Civil-Prozeß-Ordnung, zu dessen Ausarbeitung vom Bundesrat eine Kommission niedergelegt ist: 1) Welches Resultat hat die Thätigkeit der Kommission bisher gehabt und wann ist der Abschluß dieser Thätigkeit möglich zu erwarten? 2) Liegt es in der Absicht, nach Beendigung der Arbeiten der Kommission den Gesetz-Entwurf, ehe er dem Reichstage vorgelegt wird, veröffentlicht zu lassen? — II. Welche Schritte sind aus Veranlassung des bundesgesetzliche Regelung des Strafrechts, der Strafprozeßordnung und der dadurch bedingten Befreiungen der Gerichtsorganisation betreffendem Beschlusses des Reichstages vom 18. April 1868 bisher getroffen und werden weiter beabsichtigt?

Der Interpellant begründet seine von Abgeordneten aller Fraktionen unterstützte Anfrage durch die sachliche und eminent politische Bedeutung der Herstellung eines gemeinsamen Civil- und Strafrechts im Bunde und hält sich nach den Zusagen, die das Präsidium bereits ertheilt hat, zu der Erwartung berechtigt, daß ihre Erfüllung nahe bevorsteht. Präsident Delbrück: Ich konstatte zunächst, daß die Arbeiten der Civilprozeß-Kommission in stetigem und gebedecktem Fortschritt begriffen sind. Die Schwierigkeit der Materie, vielleicht auch der als ein Vortheil hervorgehoben Umstand, daß zwei Entwürfe vorlagen, endlich die verschiedenartigen Aufträge, welche der Bundesrat der Kommission in Beziehung auf legislative Fragen zu ertheilen hatte, haben ihre Arbeiten verzögert und unterbrochen. Doch sind zwei der wichtigsten Theile des Werkes, der eine beendigt, der andere der Beendigung sehr nahe. Der beendigte Theil ist der, der sich mit den allgemeinen Lehren des Civilprozeßrechts beschäftigt, dem materiellen Prozeßrecht; der zweite der Beendigung nahe bezieht sich auf das ordentliche Verfahren in erster Instanz. Zu erledigen bleiben noch die außerordentlichen Prozeßarten, die Rechtsmitteltheorie und das Exekutionsverfahren. Nachdem indessen für die wichtigsten später noch zu entscheidenden Fragen eine feste Grundlage gewonnen ist, ist zu erwarten, daß die noch nicht erledigten Theile rascher gefördert werden können, als es mit den beiden ersten und hauptsächlichsten Abschüssen des Werks der Fall sein könnte. Über die Veröffentlichung des Entwurfs kann ein formeller Beschluß des Bundesrats der Natur der Sache nach nicht vorliegen. Ich glaube indessen nicht zu weit zu gehen, wenn ich aus der Gesamtheit der Eindrücke, die ich in Beziehung auf diese Frage erhalten habe, das als etwas Zweifelose

aus spreche, daß es die Absicht ist, vor der Vorlegung des Entwurfs der Præsiderndanz an den Reichstag diesen Entwurf der Öffentlichkeit zu übergeben. Gerade aus der Erwägung, daß eine solche Veröffentlichung die Feststellung des Werkes durch den Beschluß des Reichstages verzögern könnte, ist die Frage hervorgegangen, ob es sich nicht empfehlen möchte, sobald der Theil, der über das ordentliche Verfahren in erster Instanz handelt beendigt sein wird, alsdann die beiden beendigten Abschnitte der Öffentlichkeit zu übergeben. Es ist, wie gesagt, diese Frage angeregt worden, ich kann dem nicht vorgreifen, wie sie entschieden wird. Ich kann mich nun zu dem zweiten Theil, der Interpellation wenden, welcher sich auf das Strafrecht und den Strafprozeß bezieht. Ich konnte im vorigen Jahre zusichern, daß von Seiten des Präsidiums zur Förderung des damals gestellten Antrages gethoren werde, was geichlossen könnte. Der Bundesrat hat sich dieser Auffassung des Präsidiums völlig angelehnt. Der Bundesrat erwog, daß aus den Gründen, die hier für den Antrag geltend gemacht waren, und die der Erfahrung der einzelnen Regierungen noch näher liegen, der baldige Erlass eines gemeinsamen Strafrechts und einer gemeinsamen Straf-Prozeß-Ordnung in der That ein dringendes Bedürfnis sei. In Beziehung auf den Weg, der einzuschlagen war, lag die Sache anders, als bei der Civilprozeßordnung. Für diejenigen, welche beide aus dem Gesichtspunkte gearbeitet waren, nicht als Territorialgesetze, sondern im weiteren Umfange in Geltung zu treten. In Beziehung weder auf das Strafrecht, noch auf den Strafprozeß war die Sache eine gleiche. Entwürfe von der Tendenz einer allgemeinen Geltung für den Norddeutschen Bund waren nicht vorhanden und es kam daher zunächst darauf an, solche zu schaffen. Dabei war die Frage zu erwägen, ob es sich empfehlen möchte, für beide Matrien, für das Strafrecht und für den Strafprozeß, gleichzeitig an die Ausarbeitung von Entwürfen zu gehen. Der Bundesrat glaubte diese Frage verneinen zu müssen, daß die Aufstellung eines Entwurfs des Strafrechts der eines Entwurfs für den Strafprozeß vorausgehen habe — ich sage die Aufstellung des Entwurfs, nicht die Emanation des Gesetzes. Der Bundesrat beschloß deshalb, den Bundeskanzler zu ersuchen, den Entwurf eines gemeinsamen Strafgelebuchs und einer gemeinsamen Strafprozeßordnung für die Staaten des Norddeutschen Bundes und zwar zunächst den ersten ausarbeiten zu lassen und dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Auf Grund dieses Beschlusses hat der Bundeskanzler den preußischen Justizminister erucht, sich der Ausarbeitung des Entwurfs eines Strafgelebuchs für den Norddeutschen Bund zu unterziehen. Der Minister ist bereitwillig auf diesen Wunsch eingegangen. Die Ausarbeitung des Entwurfs ist ihrem Ende nahe und wenn sie auch noch nicht abgeschlossen ist, so glaube ich doch keinen Anstand nehmen zu dürfen, einige vorläufige und allgemeine Bemerkungen über den Weg und die Methode zu machen, welche maßgebend gewesen sind. Es kam in erster Linie darauf an, das gesammte Material zu beschaffen, aus welchem sich das gegenwärtig geltende Strafrecht nicht nur im Bunde, sondern auch in anderen unserer Verhältnissen nahestehenden bedeutenden Staaten ergibt. Eine solche Sammlung ist zunächst erfolgt. Die fernere Aufgabe war, nach Sichtung des Materials sich über die Frage schließlich zu machen, welcher Weg für die Ausarbeitung des Entwurfs einzuschlagen sei. Es waren dabei zwei Wege möglich. Man konnte entweder einen vollständigen neuen Entwurf konstruieren, oder eines der im Bunde bestehenden Strafgelebicher für die Ausarbeitung zu Grunde legen. Man hat sich für den zweiten Weg entschieden. Es wird überhaupt in der Regel nicht die Aufgabe der Gesetzgebung sein dürfen, absolut Neues zu schaffen; sie wird in den bei weitem meisten Fällen ihre Aufgabe darin zu suchen haben, sich an das bestehende anzuschließen, zumal in der Wehrzahl der Bundesstaaten Strafgelebicher in neuerer Zeit erlassen sind. War also die Arbeit anzuknüpfen an ein bestehendes Strafgelebich, so glaubte man, von den im Bunde bestehenden das preußische vom 14. April 1851 zu Grunde legen zu müssen. Man wollte dabei nicht über den relativen Werth der einzelnen Strafgelebicher entscheiden, man stand aber vor der Thatfrage, daß das preußische in dem gewünschten Theile des Bundes gilt, daß es seit beinahe 20 Jahren in gesetzlicher Geltung ist, daß kein anderes in gleichem Maße wie dieses, sowohl der Wissenschaft als dem Richterstande, als selbst den Laien bekannt und geläufig ist, daß endlich keines wie dieses durch Rechtsprechung und wissenschaftliche Bearbeitung geprägt, fortgebildet und daß auch bei seinem anwie bei diesem auf die ihm anliegenden Mängel hingewiesen ist. Indem nun das preußische dem Entwurf zu Grunde gelegt wurde, konnte es natürlich nicht die Absicht sein, sich zu vertheidigen gegen seine Mängel, und dies als solche sowie von der Wissenschaft, als in seiner Handhabung von der Rechtsprechung bezeichnet sind. Ich will beispielweise hier anführen: die Lehre vom Verzicht und der Theilnahme, bei welcher es nach den gemachten Erfahrungen und nach den Ergebnissen der wissenschaftlichen Bearbeitung geboten war, zurückzuführen zu den deutschen Rechtslehrern und die Grundlage zu verlassen, die dem preußischen Strafgelebich zu Grunde liegen. Es

Adelschanzen, genommen durch deutsche Schläuheit.

(Aus dem Polnischen übersetzt von S. A.)

VI.

In Ladowo war eine große Bewegung. Herr Lada, welcher den Verfall des Körpersgeistes befürchtete, schlug im Felde ein Lager auf, ließ hier die tüchtigsten seiner Leute kampieren und hielt die Mannschaft mit eiserner Disziplin in Ordnung. Der Rest, schreiendes, vom Erfolge trunkenes, Tag und Nacht fressendes Gefindel, gab keine Veranlassung zu hohen Erwartungen. Dem Priester-Kanzler gelang es endlich, Herrn Lada zu beschwören. Das alte Bett des Grenzbaches wird zugeschüttet und um die Spuren vollständig zu verwischen, pflanzte man Bäume und erbaute Wohnungen an dieser Stelle. Aber die Kriegsflüchten im Geiste des Wojewoden gleichfalls zu dämmen, wollte dem Priester nicht gelingen. Denn den möglichen Verlust des väterlichen Besitzthums schlug Herr Lada gering an, weil ihm immer die Güter der Frau in der Sieradz der Wojewodschaft sicher blieben. Er wollte das Neuerste wagen und Ladowo für den Ruhm in die Schanze schlagen.

Während nun die Sachen also lagen, erschien plötzlich ein Reiter mit der Parlamentärfahne in Ladowo und kündigte sich als Gesandter Sr. Maj. des Königs von Preußen an Johann Kapistran Lada, Herrn auf Ladowo, an. Da horchte der Szlachcic hoch auf und konnte kaum seinen Ohren trauen: Die Geisel Österreichs und Frankreichs hatte also seine eingebildeten Ansprüche anerkannt und würdigte ihn einer förmlichen Gesandtschaft. Indes brauchte man der Lösung des Räthsels nicht lange zu warten. Kaum nämlich hatte Herr Lada den prachtvollen Thron auf dem Podium des Audienzsaals bestiegen, als auch schon der Gesandte, ein preußischer General in Uniform und Orden, vor ihn geführt ward. Der Kriegermann sah etwas bleich aus nach den Strapazen der Reise und wurde noch blasser, als er sich von all den wilden Gesellen umgeben sah, welche den Hofstaat bildeten. Aber für einen „Niemiec“ verstand er trefflich Latein. Die Jungs löste sich ihm und er begann eine vorher wohl überlegte Rede:

„Ich bin der unglückliche Führer eben jenes Kriegsvolkes, welches auf Deinen Gefilden, Du tapferer Ritter, geschlagen worden ist. Mein König und Herr, Fridericus, sendet mich ab, daß ich Dich bitten solle, Du mögest vergeben, wenn durch ein Mißverständnis preußischerseits Deine Souveränitätsrechte verletzt worden sind. Du, großer Ritter, hast einen dreifachen Sieg davongetragen und Dir weit hinausgehenden Ruhm erstritten. Seine Majestät der König haben davon erfahren und da der König selbst, wie es Dir bekannt sein wird, auch ein glücklicher Feldherr ist, weiß er Deine Tapferkeit und Deine Talente hochzu-

schätzen, obgleich sie sich auf Kosten seiner Macht geltend gemacht haben. Und daher sucht dieser große Mann keine Macht, sondern gute Freundschaft und nachbarliche Einigkeit mit dem Herrn auf Ladowo. Mich hat seine königliche Majestät abgesendet, damit ich, ausgerüstet mit einem Allerhöchsten Handschreiben, mich nach Kräften um Herstellung dieser Freundschaft bemühe.“

Schlacht die Häupter bei dieser Ansprache. Ein tiefes Stillschweigen entstand im Kreise, als Herr Lada den königlichen Brief aus den Händen des Generals entgegennahm, ihn erbrach und las. Nur der Priester-Kanzler brummte unter der Nase:

„Timeo Danaos et dona ferentes.“ — — —

Das königliche Handschreiben, abgefäßt im besten Latein, lautete ungefähr folgendermaßen:

„Bielvermögender und Uns besonders lieber Herr und Bruder! Unseren königlichen Gruß zuvor! Wir beglückwünschen Euch herzlich und offen für den von Euch dargelegten Genius und für Eure glorreiche erwiesene Tapferkeit. Um gute Freundschaft bitten Wir und Wohlwollen für Unser königliches Haus. Feldherren, wie Ihr es seid, soll man nicht mit den Waffen, sondern mit dem Herzen schlagen. Aus diesen Gründen verlangt es Uns, Euch näher kennen zu lernen, um Eure Rittertugenden noch besser würdigen zu können. Wir bitten Euch daher an Unsern Hof nach Potsdam, wo wir Gelegenheit finden werden, den Grund eines guten Vereinbares zu legen. Wir senden Euch, um Euch vor jedem etwaigen Uebergriffe unseres Hofgesindes und unserer sonstigen Diener sicherzustellen, beifolgenden Geleitsbrief und geloben Euch Sicherheit, Bequemlichkeit und Ehre für die Reise nach Berlin und für die Rückfahrt, indem Wir gleichzeitig Euch versprechen, daß gegen Eure Person und Euer Eigenthum während dieser Zeit nichts Feindliches vorgenommen werden soll, was Wir durch königliche Namensunterchrift hierdurch bekräftigen. Fridericus rex.“

Eingeschlossen befand sich das Geleitschreiben und beide Schriftstücke waren mit dem königlichen Insiegel versehen, so daß an eine etwaige Fälschung oder Mystifizierung nicht einmal zu denken war.

Als der Szlachcic beide Briefe vorgelesen hatte, war die Freude groß. Viele Edelleute wollten Herrn Lada auf dieser Reise das Geleit geben, viele machten Vorkehrungen fortzufahren, aber auch solcher waren nicht wenige, welche Herrn Lada rieteten, sich auf dergleichen Besuche nicht einzulassen, nach fremden Ehren nicht zu geizen und mit den errungenen Lorbeerren zu frieden zu sein. Der Priester-Kanzler ging mit gebeugtem Haupte einher und brummte alle Augenblicke: Timeo Danaos et dona ferentes. Aber im Herzen des Herrn Lada wuchs ein gewaltiger Hochmut auf. Müßte er auch das Potentaten-

größten Königs berufen. Berrath fürchtete er nicht, denn er schaute sich selbst vor dem Teufel nicht. Von nun an ward dem Kanzler, der Herrn Ladas Stolz zu beugen strebte und ihm die Annehmlichkeiten eines stillen, unbekannten Lebens alzu oft vorpredigte, der Zutritt zu dem Potentaten verwehrt.

Der preußische General war zwar kein großer Feldherr, aber als ein vorzüllicher Hofmann wies er sich aus. Mit seiner Artigkeit- und gleichenden Höflichkeit brachte er endlich Herrn Lada zum festen, unwiderruflichen Entschluß. Es wurde aus der vorstellungsfähigeren Szlachta ein Gefolge gebildet und nach vollendeten Reisevorbereitungen mache man sich nach Brandenburg auf den Weg zum großen Mißfallen des abenteuerstüchtigen Adels und zum Schmerze des Propstes, welcher voll böser Vorahnungen war.

VII.

Als zu jener Zeit der König Poniatowski (Stanislaus August) sich nach der Ukraine begab, wurde ihm die interessanten Heldentaten des Potentaten von Ladowo mitgetheilt. Das Hofgesinde und der König selbst lachten darüber. Nichtsdestoweniger ließ letzter dem Dinge eine besondere Beachtung. In einer zu Wilanowo abgehaltenen geheimen Konferenz genehmigte der König, daß Herr Johann Kapistranus Lada, Herrscher von Ladowo, mit Geld, Waffen und allem nur erdenklichen Nothwendigen unterstützt werde. Der König schrieb ihm sogar einen eigenhändigten Brief, in welchem er ihn zur Fortsetzung des Streites ermunterte. Man sandte aus Wilanowo Gesandte an Herrn Lada, aber das waren keine, gestriegelte und geschniegelte Junker ohne jegliche Energie, welche in Karossen fuhren und nach jeder Meile die Nachtmüze über die Ohren zogen, in jedem Städtchen, welches sie passirten, den Dandy spielten und nach den hübschen Fräulein an den Fenstern guckten. Derjenige, welcher unter ihnen noch der geschwindeste war, langte daher erst eine Woche nach der Abreise des Herrn Lada in Ladowo an. Der Hof war verödet, nur die Fertigwerke aus Weidenflechwerk und eine Handvoll Szlachta unter der Anführung des Hetmans wurde noch angetroffen, außerdem der Priester-Kanzler, der Großschatzmeister und der leere Keller. Die Dorfbrauerei konnte dem Bedarf an Bier und Mehl nicht mehr genügen und der Priester-Kanzler wußte nach all den kostspieligen Experimenten während der Abwesenheit des Potentaten die Verantwortlichkeit nicht auf sich laden, mit Hilfe der Juden in den Nachbarstädtchen dem Mangel abzuholen. Die feinen Junker befürmerten sich, als sie sahen, welches Unheil sie damit angerichtet hatten, daß sie drei Wochen zu der Reise von Warschau nach Pommern gebraucht. Aber den einmal begangenen Fehler zu verbessern, war schwierig. Einer von ihnen reiste zwar Herrn Lada nach, aber, da er keine Papiere hatte, wurde er arreliert und nach Spandau abgeführt, von wo er erst nach langer Untersuchung freie Rückfahrt ins Va-

Konnte ferner nicht zweifelhaft sein, daß Härten, welche von der Wissenschaft wie von der Praxis bezeichnet waren, zu mildern seien. Ich deute hierbei nur zwei Punkte an. Ich würde diese Andeutungen vermehren können; ich glaube, es ist in diesem Stadium der Sache nicht erforderlich. Bei der weiteren Bearbeitung des Gegenstandes ergab sich nun aber das Bedürfnis, und zwar schon bei der Auffüllung des Entwurfes, die übrigen Bundesregierungen mit zu einer Theilnahme an der Arbeit in zweckmäßiger Weise aufzufordern. Es ist das in der Weise geschehen, daß über besondere erhebliche Materien — ich nenne hier unter anderen die Todesstrafe, die Nebenknechte der Polizeiaufsicht, die korrektionelle Nachhaft, die Frage, ob dem System des preußischen Strafgesetzbuches entsprechend Vorschriften über Polizeistrafen in den neuen Entwurf aufzunehmen seien — durch Mittheilung von Ausarbeitungen, welche die Punkte bezeichnen, auf die es ankam, die Meinung der übrigen Bundesregierungen erbeten wurde. Sie haben in dankenswerther und erlösender Art dem Ansuchen entsprochen und dadurch wesentlich die Arbeit gefördert und zwar auf einer Grundlage, welche zugleich die Verhinderung enthält, daß damit manche Schwierigkeiten, welche in späteren Stadien hervortreten könnten, sich beseitigen lassen. Der Entwurf ist jetzt seiner Vollendung nahe. Er wird alsdann dem Bundesrathe vorgelegt werden, der die weitere formelle Behandlung zu beschließen haben wird. Soweit ist die Sache nicht vorbereitet, daß ich jetzt auch nur eine Andeutung darüber machen könnte, nach welcher Richtung hin der Beschluß über die weitere formelle Behandlung der Sache ausfallen wird. Ich kann hinzufügen, daß, sobald der Entwurf des Strafrechts abgeschlossen vorliegt, auch sofort mit dem der Strafsatzordnung begonnen werden wird. Damit ist die Interpellation erledigt.

Der Präsident teilt mit, daß die Wahlen der Abg. Behrenfennig, Dr. Henneberg und Graf Kaniß in den Abtheilungen für gültig erklärt sind.

Abg. Graf Schwerin referirt Namens dr. 2. Abtheilung über die Wahl im 23. sächsischen Wahlbezirk (Plauen). Bei dieser Wahl waren von einer Seite Rittergutsbesitzer Seiler, von der anderen Schriftsteller Dr. Mag. Hirsch aus Berlin als Kandidaten aufgestellt. Dr. Hirsch hatte sich persönlich in verschiedenen Orten des Wahlkreises vorgestellt und lithographierte Birkulare mit seinem Programm unter den Wahlern verbreitet; außerdem war die Mittheilung von seiner Kandidatur in sämtlichen Lokalblättern durch das Wahlkomitee mehrfach bekannt gemacht worden. Die Wahl hat am 30. März, die Zusammenstellung des Wahlresultats durch den Wahlkommissar, Bezirksamtmann Damm, am 2. April stattgefunden. Tags vorher hat der genannte Wahlkommissar an das Polizeipräsidium nach Berlin telegraphiert, ob dasselbst nicht noch ein anderer Mag. Hirsch existiere. (Hört! hört!) Die erste telegraphische Antwort, die darauf erfolgte, lautete: "Kein Dr. Mag. Hirsch hier gemeldet". (Heiterkeit); zwei Stunden später kam eine andere Depêche: "2 Doktoren Mag. Hirsch hier selbst ermittelt; Dr. med. Hirsch, Lützowstraße und Dr. Mag. Hirsch, Matthäikirchstraße; letzter bekannt durch politische Agitationen." (Große Heiterkeit.) Der Wahlkommissar stellte nun auf Grund der eingelieferten Wahlprotokolle, (nicht der Stimmenzettel, die schon vernichtet waren), folgendes Resultat auf: 6704 gültige Stimmen, davon erhielt Rittergutsbesitzer Seiler 3653 Stimmen, Schriftsteller Dr. Mag. Hirsch in Berlin 2912, zerstreut sind 139; Seiler hat also die Majorität; wegen ungenügender Bezeichnung sind 968 Stimmen, die an Dr. Mag. Hirsch laufen, für unzählbar (Gelächter) erklärt worden. Gegen das Verfahren des Wahlkommissars sind aus dem Wahlkreise mehrere Proteste eingegangen; es wird für ungerechtfertigt erklärt, daß die 968 auf Dr. Mag. Hirsch lautenden Stimmen für "unzählbar" erklärt worden sind, da nach den Vorgängen vor der Wahl an der Identität des Kandidaten mit dem Schriftsteller Dr. Mag. Hirsch nicht zu zweifeln sei. Werden diese Stimmen aber zugezählt, so sind Stimmen abgegeben 762, die absolute Majorität beträgt dann 3836, und Dr. Mag. Hirsch hat dann 3880 Stimmen also 44 über die absolute Majorität erhalten. Die Protestierenden bitten in Folge dessen, die fälschlicherweise proklamierte Wahl des Abg. Seiler zu annullieren und den mit absoluter Majorität gewählten Dr. Hirsch als Abgeordneten einzuberufen. Von den 968 "unzählbaren" Stimmen röhren 430 aus dem zweiten Wahlbezirk der Stadt Plauen her; der Wahlvorsteher und die beiden Beisitzer dieses Wahlbezirks konstatieren durch eine notarielle Erklärung, daß die hier abgegebenen Stimmenzettel sämlich gelautet haben auf Schriftsteller Dr. Mag. Hirsch in Berlin und daß man nur aus Quemlichkeit im Protokoll diese genauere Beschilderung weglassen habe. Die Abtheilung war nun einstimmig der Ansicht, daß die Wahl von Seiler für ungültig zu erklären sei; indem der Wahlkommissar Damm nicht berechtigt war, diese 968 Stimmen, die die Wahlvorsteher in den einzelnen Bezirken für gültig erklärt haben, von der Zahlung auszuschließen; wenn diese Stimmen aber gültig sind, so hat Seiler nicht die absolute Majorität.

terland erhielt. Am Hofe des Königs Stanislaus gab es verschiedene Projekte und diplomatische Spielereien, politische Planmacherei in Menge, aber überall fehlte es an Energie, an der nötigen Präzision im Handeln. Der König war von weißem und geschwätzigen Favoritenschwärme umgeben und sein Geheimniß konnte an diesem Hofe bewahrt werden. Daher erfuhr auch Friedrich der Große sehr bald durch seine Agenten von den Beziehungen des Königs zu Herrn Lada und konnte frühzeitig die dagegen nötigen Maßregeln treffen.

Unterdeß ging der Triumphzug des Herrn Lada nach Berlin vor sich. Während des ganzen Weges wurde der Hochmuth des Potentaten durch die allerausgezeichnetsten Ehrfürthsbezeugungen gefeiert. Neugierige Volkshäuser vertraten seinen Weg. Ganz Brandenburg hatte ein Zittern erfaßt bei der Nachricht von dem Cannae des königlichen, gegen Lada ausgeschickten Heeres. Man hatte schon gefürchtet, den polnischen Hauptmann mit Schwert und Feuer das Land verwüstet zu sehen und jetzt begegnete man ihm auf einem Freundschaftsbesuch. Aber trotz aller Ehrenbezeugungen und ungeachtet der während des Weges häufig stattfindenden Festmahl nötigte der esfortirende General Herrn Lada zur Beschleunigung der Reise, indem er ihm die Begierde des Königs vorstellte, den berühmten Ritter der modernen Zeit kennen zu lernen. Hierin handelte der Herr General gemäß Allerböschsten Befehls. Die Wege verschlossen sich hinter Herrn Lada mit Eisenketten und jeder Brief, welcher nun an Herrn Lada aus Polen einging, ward sogleich aufgefangen.

Nach acht Reisetagen erblickte Herr Lada die Mauern von Berlin. Am Stadthore empfing ihn ein königlicher Hofwagen und ein mit Komplimenten freigebiger Adjutant. Man geleitete ihn in das ihm in den Offizinen des königlichen Schlosses bestimmte Quartier, wo er, nachdem er zwei Tage mit seinem Gefolge von den Strapazen der Reise ausgeruht hatte, eine Einladung nach Potsdam erhielt, weil damals gerade Se. M. der König dort residierte. — Haufenweise belagerten gaffende Berliner den Weg, welchen jene Schreckensgestalt, die man im Garne herzlichster Bewunderung eingefangen hatte, passiren sollte.

In dem Maße, in welchem er der Person des Königs immer näher kam, verdampfte der Hochmuth des Schlachcie. Die Majestät eines gekrönten Hauptes übte einen wunderlichen Einfluß auf diesen Polen aus. Als er in Potsdam anlangte, fühlte Herr Lada etwas im Herzen wie Angst. Das Nebermahl der ihm gewordenen Ehrenbezeugungen fing ihm an fürchterlich zu werden, denn er überzeugte sich, daß die Entschließung dem, welcher sie gesetzt, nicht geringe Überwindung gekostet haben müßte.

Sein Zusammentreffen mit dem Könige war bereits demüthig von Seiten Ladas. Der Schlachcie verbeugte sich ein wenig zu tief und von den Hirngespinsten des zu begründenden Ladowoer Reiches war schon keine Spur mehr in seinem Kopfe.

Darüber aber gingen die Meinungen auseinander, ob noch weitere Konsequenzen daraus zu ziehen, und entweder sofort die Wahl des Dr. Mag. Hirsch für gültig zu erklären, und derselbe einzuberufen sei, oder ob der Bundeskanzler aufgefordert werden solle, seinerseits die Einberufung des Dr. Hirsch zu veranlassen. Diese Meinung blieb in der Abtheilung in der Minderheit; die Majorität schlägt vor, nichts weiter zu thun, als die Ungültigkeit der Wahl Seilers zu erklären. Man war der Ansicht, daß der Reichstag verfassungsmäßig ein weitergehendes Recht nicht besitzt. Der Reichstag, so heißt es in der Verfassung, prüft die Legitimation seiner Mitglieder. Mitglied des Reichstages ist aber blos der, welcher vom Wahlkommissar als gewählt rite proklamirt und dem dies mitgetheilt worden ist. Wenn wir jetzt die Wahl des Dr. Hirsch ohne Weiteres für gültig erklären würden, würden wir auch denjenigen Wahlern, die etwa gegen die Wahl des Dr. Hirsch protestieren wollen, die Gelegenheit nehmen, diesen Protest einzubringen. Ein weitergehender Antrag ist aber auch nicht praktisch. Wir waren der Ansicht, daß es lediglich dem Bundeskanzler zu überlassen sei, welches Verfahren er nach Annulierung der Wahl für nötig erachte; ob er den Wahlkommissar anweisen will, eine nochmalige Zahlung zu veranlassen, oder ob er den Dr. Hirsch gleich als gewählt proklamieren will. Wenn der Reichstag das ihm wollte, würde er seine Kompetenz überschreiten. Namens der Abtheilung beantragte ich deshalb einfach: "die Wahl des Abgeordneten Seiler für ungültig zu erklären."

Korreferent v. Unruh (Magdeburg): Ich gehe noch weiter. Von den 968 Stimmen, welche der Wahlkommissar für "unzählbar" bezeichnet hat, weil nicht im Protokoll stand: "Schriftsteller Dr. Mag. Hirsch in Berlin" ist von über 500 Stimmen, die in Plauen abgegeben worden sind, nachgewiesen worden, daß diese Bezeichnung darauf stand. Ich weiß auch gar nicht, was für eine Veranlassung eigentlich Herr Damm gehabt hat, an das Polizeipräsidium nach Berlin zu telegraphiren. Die erste Antwort, die vom Polizeipräsidium um 1 Uhr 35 Min. kam, lautete also: "Kein Dr. Mag. Hirsch zu ermitteln"; und um 3 Uhr 2 Min. hatte man schon zwei Hirsche gefunden, von denen einer ein politischer Agitator sein soll (Heiterkeit). Ich vermuthe deshalb, daß das Polizeipräsidium seine ganze Kenntnis aus dem Adresskalender geschöpft hat (Heiterkeit); in diesem sind sechs Doktoren Hirsch verzeichnet, darunter einer, der Mediziner, als "Dr. M. Hirsch" und der Schriftsteller Dr. Mag. Hirsch. Wer kann denn aber behaupten, daß der Dr. med. M. Hirsch nun auch gerade Mag. heiße? (Heiterkeit) Kann er nicht ebenso gut Moritz oder Moses heißen? (Große Heiterkeit.) Über die Identität der Person des Dr. Mag. Hirsch konnte aber nach den Vorgängen vor der Wahl gar kein Zweifel herrschen; und es war gar keine Veranlassung zu Nachforschungen, ob in der Welt irgendwo noch ein anderer Dr. Mag. Hirsch existiert. Bis jetzt hat man nur gültige und ungültige Stimmen gelannt; das neue Mandat, Stimmen für nichtzählbar zu erklären, um einem anderen Kandidaten dadurch die Majorität herauszurechnen zu können, ist außerordentlich gefährlich, und wir müssen solchen Sachen einen Riegel vorschicken. Dem Wahlkommissar liegt auch nach dem sächsischen Wahlreglement die nochmalige Prüfung aller Wahlzettel nicht ob, sondern er hat nur das Wahlresultat zusammenzustellen; über die Gültigkeit der von den eingeschickten Wahlvorstehern schon für gültig erklärten Stimmen hat er nicht nochmals zu entscheiden; er kann dies auch um so weniger, als ja nach dem sächsischen Wahlreglement sofort die Vernichtung der gültigen Stettel erfolgt. Bei weiterem Nachdenken über die Frage kommt man zu folgendem Resultat: daß der Gutsbesitzer Seiler gar nicht gewählt ist (sehr richtig); denn die Wahl besteht nicht in der Proklamation des Wahlkommissars, sondern in der Stimmenabgabe (sehr richtig!). Sonst hätte es ja der Wahlkommissar in der Hand, jede Wahl ungültig zu machen, er braucht dann nur falsch zu addieren; und wenn der Reichstag gar nichts weiter thun wollte, als die Wahl des irrtümlich proklamierten Kandidaten nur für ungültig zu erklären, so würde er sich einer der wichtigsten Rechte vergegen. Seiler ist ja nicht gewählt; durch die Proklamation des Kommissars taucht er also auch nicht Abgeordneten werden. Werden 968 Stimmen, was geschehen muß, dem Dr. Hirsch zugeschlagen, so hat er die absolute Majorität; und selbst wenn man annehmen wollte, daß dieselben für einen dritten Kandidaten, den andern Dr. M. Hirsch in Berlin abgegeben wären, war Seiler nicht gewählt, sondern es hätte höchstens eine engere Wahl zwischen Seiler und dem Schriftsteller Dr. Mag. Hirsch stattfinden müssen. In der That aber konnte von den 968 Stimmen kein anderer gemeint sein, als der Mann, der sich dem Wahlkreis repräsentirt hat; Dr. Mag. Hirsch ist also eindeutig gewählt. Sondern aber wirklich die absolute Majorität erhalten hat, so hat er auch das Recht, als Mitglied des Reichstages einzutreten; und man kann dies Recht nicht abhängig machen von der Willkür oder dem Irthum eines Wahlkommissars; sonst läge es ja in seiner Hand, jeden ihm mißliebigen Abgeordneten von der Wahl auszuschließen. Und auch der

Reichstag hat das Recht zu verlangen, daß ein Abgeordneter, der die unzweifelhafte Majorität erlangt hat, in das Haus eintrete. Eine besondere Einberufung der Abgeordneten findet nicht statt, sondern nur eine amtliche Benachrichtigung an den betreffenden Abgeordneten, daß er gewählt sei. — Ich stelle deshalb den Antrag: 1) Die Proklamierung der Wahl des Rittergutsbesitzers Seiler als irrtümlich, daher ungültig zu erklären; 2) den Schriftsteller Dr. Mag. Hirsch in Berlin als rite gewählt anzuerkennen und den Bundeskanzler aufzufordern, die amtliche Benachrichtigung des Abgeordneten durch die sächsische Regierung zu veranlassen. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, so begehen Sie keine Kompetenzüberschreitung, sondern wählen nur das Recht des Reichstages, den Eintritt eines rite gewählten Mitgliedes in das Haus zu verlangen und nehmen einem Wahl-Kommissar die Möglichkeit, die Wahl von Abgeordneten, die rite gewählt sind, zu lassen.

Dagegen beantragen die Abg. Heubner, Gysold und Niedel, unterstützt von den Mitgliedern der Fortschrittspartei: In Erwägung: 1) daß der Rittergutsbesitzer Seiler von dem Wahlkommissare Gerichtsamtmann Damm mit Unrecht als erwählter Deputirter des 23. Wahlbezirks des Königreichs Sachsen proklamirt ist; 2) daß vielmehr der Schriftsteller Dr. Mag. Hirsch in Berlin die absolute Stimmenmehrheit nach den vorliegenden Wahlakten unzweifelhaft erhalten hat, den Bundeskanzler aufzufordern, die nötigen Schritte zur sofortigen Proklamation des Dr. Hirsch als erwählten Deputirten des bezeichneten Wahlkreises zu thun.

Abg. Heubner konstatiert, daß das Verfahren des Wahlkommissars Damm ein Schrei der Entrüstung in der ganzen Provinz hervorgerufen hat; auch bei der Gegenpartei des Dr. Hirsch. Man ist in jenem Wahlkreise sogar so weit gegangen, der l. sächsischen Regierung einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie das ungesetzliche Verfahren des Wahlkommissars nicht sofort rektifizirt resp. annuliert hat. Diesen Vorwurf halte ich nicht für gerechtfertigt. Denn eine Entscheidung über die Gültigkeit der Stimmen hat nur der Reichstag. Ich habe jedoch die Überzeugung, daß die sächsische Regierung nach Entscheidung der Sache im Hause es nicht unterlassen wird, auch ihrerseits dem beleidigten Rechtsgefühl eine Genugthuung zu geben, nicht blos durch eine Bureaumweisung des Wahlkommissars, die derselbe ad acta legt, sondern dadurch, daß diese Bureaumweisung veröffentlicht wird. (Beifall.) Redner erklärt, daß die Erfindung der Kategorie "unzählbar" nur gemacht wurde, weil Dr. Hirsch ein Preuße noch dazu ein Berliner sei, und bittet schließlich die Rechtsverlegung wieder aufzuheben.

Abg. Dr. Blum (Sachsen) sucht zu beweisen, daß nicht ein bloßes Verehren vorliegt. (Oho! rechts.) Nach dem klaren Wortlaut des § 16 des sächsischen Wahlreglements befindet sich der Wahlkommissar mala fide, wenn er etwas anderes thut, als das Ergebnis der Wahl zusammenzufassen. Der Wahlkommissar Damm hat aber persönlich gar keinen Zweifel an der Identität des Dr. Mag. Hirsch gehabt. (Hört! hört!) Er selbst hat am Abend des 30. März gegen den Rathssreferendar Wolf erklärt, daß er persönlich gar keinen Zweifel habe, daß alle Stimmen, die er nachher für unzählbar erklärt hat, dem Schriftsteller Dr. Mag. Hirsch zugerechnet werden müßten. (Hört! hört!) Für die Entscheidung nach dem Antrag Unruh liegen aber im Reichstage auch schon Präjudizien vor. Bei einer Wahl der Provinz Sachsen ist im Jahre 1867 ist ausdrücklich der Grundsatz ausgesprochen worden, daß der Wahlkommissar keine Appellationsinstanz bildet zwischen den kleinen Wahlbezirken und dem Reichstage. Sodann ist mit Bezug auf die Wahl des Abg. Sombart in 15. sächsischen Wahlbezirk, welcher auch eine Einberufung durch den Wahlkommissar nicht erhalten hatte, beschlossen worden, das Präsidium des Reichstages zu beauftragen, dem Abgeordneten Sombart von der Gültigkeit seiner Wahl in Kenntnis zu setzen. Heute liegt für uns ganz derselbe Grund vor; die Annahme des Antrages Unruh oder Heubner ist deshalb ganz gerechtfertigt.

Abg. v. Ginsiedel erklärt sich für den Antrag der Kommission auf Kassation der Wahl, aber gegen den Antrag auf sofortige Einberufung des Dr. Hirsch. Die gegen Herrn Damm erhobenen Vorwürfe der Fälschung, Gewissenlosigkeit, Parteilichkeit &c. müsse er zurückweisen. Derselbe sei durchaus bona fide gewesen, wenn er auch einen Irthum begangen haben sollte. Er glaubt deshalb auch nicht, daß der Wunsch des Abg. Heubner in Erfüllung gehen könne, daß dem Wahl-Kommissar von der sächsischen Regierung eine Bureaumweisung zu Theil werden solle. Ähnlich spricht Abgeordneter Schulze und Gebert (Sachsen). Letzterer protestiert gegen die persönlichen Angriffe Blums; er kennt den Wahlkommissar als einen durchaus pflichtgetreuen, sorgfältigen, langen, in jeder Beziehung objektiven Beamten, und Jeder, der diese Bekanntheit hätte, müsse durch so unverdächtige Angriffe auf seine Beamtenrechte im Innern ergriffen sein. (Lebhafte Bravo!)

Abg. v. Schweizer (zur Geschäftsordnung): Der Präsident wolle auf Grund der Geschäftsordnung konstatieren lassen, ob der Dr. Mag. Hirsch im Hause anwesend sei (derselbe befindet sich auf der Journalistentribune) oder

Trefflich durchschaut Friedrich der Große diesen Edelmann. Er wußte wohl, daß es ein schwieriges Ding sei, mit dem Abenteurer zu kämpfen (sic!), aber daß er durch den Hofschatz leicht zu berücken sein werde. Die gnädigen Worte Seiner Majestät nahmen das Herz des Schlachcie mit Sturm, welches schon bei dem Gedanken höher aufschlagen hatte, vor dem größten Feldhauptmann der Welt nach Julius Cäsar zu stehen. Nicht lange Zeit bedurfte Friedrich der Große, um mit diesem offenerherzigen Charakter, in welchem man sofort Alles lesen konnte, zweckmäßig zurechtzukommen. Es war das eine Natur aus adeligem Schrot und Korn: Auf dem Felde ein Löwe mit offener Brust; zwischen vier Pfählen dagegen wurde dieses Löwenherz zu einer Harfe, auf das Menschenwille nach Geschmack und Belieben spielen konnte. Nachdem der König den Schlachcie bis in den Grund durchschaut, stellte er seinen Philosophen dieses Prachtexemplar längst verschollener fossiler Menschheit vor und später übergab er Herrn Lada den lustigen Hofleuten zum Zeitvertreib.

Nach einigen Wochen voll Freude und Lustbarkeit, war der Schlachcie guter Bruder mit den Deutschen. Er empfing den Grafentitel und den Schwarzen Adlerorden. Aber als es in seinen freien Willen gestellt wurde, sich das Reich zu wählen, zu welchem er gehören wolle, erklärte er fest, daß er von dem Vaterlande sich nicht loszureihen vermöge. Trotzdem führte Friedrich der Große das Seinige durch und der mit Ehren und Gnaden geschenken überhäufte Schlachcie widerrief zu Gunsten Preußens. Nachdem also Herr Lada nach Ladowo zurückgekehrt war, ließ er die Grenzpfähle auf die preußische Seite hinüber versetzen, was ein gänzliches Fallenlassen seiner stolzen Hoffnungen und tollkühnen Pläne bedeutete. Immerhin aber war es dem Schlachcie traurig zu Muthe ohne den fröhlichen Schwarm des Landadelns, ohne kriegerisches Getümml. Schmerzlich blieb es, hinzublicken auf die Zeugen der für ein Paar Flitterzeiten in die Schanze geschlagenen Triumphy. Der Priester-Kanzler, welcher wiederum zu dem alten Titel "Propst" zurückkehrte, schüttelte das Haupt und brummte: "Ich hatte Recht: Grobert sind die Adelschänzen um Dorf und Herz! O warum hatte dies Herz nicht die Kraft und den Stolz des alten Sagunt."

Der Grenzordon und die Schwierigkeiten der Kommunikation vernagelten für Ladowo die Welt mit Brettern. Läßt war es daher für Herrn Lada, in solch einem verlorenen Winkel zu faulen, wie auf einer Klippe im Meere. Er zog daher mit Frau und Mann nach Polen hinüber, in die Sieradzer Woewodschaft. Glück und Zufriedenheit aber fand er nicht wieder. Denn verlorener Ruhm und leichtfertig verschleuderte mächtige Hoffnungen quälen ewig das erinnerungsschwere Herz. Herr Lada zeigte Niemandem Orden und Grafendiplom und daher begriff die Schlachta diesen plötzlichen Friedensschluß nicht. Läßtungen warfen sogar den Schatten der Verdächtigung auf die

Ehre des Edelmanns. Herrn Lada wurrte das, und so oft ihn irgend ein vertrauter Freund "Potentat" nannte, fäzte ihn ein Schauer an. Einige Jahre darauf wurde er Wittwer, und nachdem sein Sohn volljährig geworden, überließ er diesem alle seine Güter, indem er sich nur eine kleine Leibrente aus den Einkünften derselben vorbehalt. Noch einen Abschiedschaus gab er dem Landadel, die alten Gefährten des Ladowoer Krieges drückte er noch einmal ans Herz und dann trat er in den Bernhardiner-Orden, von der Bildfläche verschwindend, wie ein Veil im Wasser.

Auf solche Weise endeten viele unserer kühnen Abenteurer. In Demuth und Buße wandelte sich ihr Stolz und dann legte man sie ins Grab ohne Denktafel, namenlos, denn warum Grabprunk denjenigen, welche die Augen geschlossen haben zum ewigen Schlummer in der Furcht Gottes und im Frieden mit der Welt.

Der allgemeine Männer-Gesang-Verein

brachte am Sonnabend: "Die Nacht auf dem Meere", Komposition für Männerchor von Schirr unter Direktion des Herrn Musikdirektor Vogt zur Aufführung. Vor ganz kurzer Zeit wurde das Werk in einer unserer Provinzialstädte gesungen, in Folge derselben tauchte eine Kritik über die Komposition auf, in welcher ziemlich erbarmungslos der Stab über dieselbe gebrochen wurde. Wenn man an das Werk den Maßstab anlegt, mit dem man große Künstler und klassische Kunstwerke mißt, wenn man sich auf den Standpunkt Bach-Händelischer Geistesproduktionen stellt, dann sinkt die Wagtschaus allerding herunter und die Erfindungskraft, Eigenthümlichkeit und Gewandtheit in der Formgebung findet jenen genialen Leistungen gegenüber keine Gnade, aber die Notwendigkeit, alle Muß nach einem Maß zu messen, überall das höchste zu beanspruchen, ist nicht vorhanden, die Gegenwart verlangt auch ihr Recht, und derselben müssen gewisse Koncessionen gemacht werden, will man nicht in Einseitigkeit und Peinlichkeit verfallen. "Die Nacht auf dem Meere" ist ein Tongemälde, das einen bestimmten dramatischen Untergrund hat, und die Muß fügt mit Glück die Situation auf, welche der Text vorlegt. Der Maler wird dabei allerdings reichlich angegriffen und die Farben sind vielfach dicker und aufsässiger aufgetragen, als sein und künstlerisch sparsam gemischt, aber sie wirken dabei effektvoll ohne zu verlegen und der Kenner freut sich der kräftigen Pinselfrische eben so, wie der Late dem Lichette seine Bewunderung nicht versagt.

Institutionen, welche aus dem Laienthum zusammengesetzt sind, dürfen es nicht vertragen, müssen es sich geradezu verbieten, mit dem Künstlerthum auf gleiche Höhe gestellt zu werden und von diesem Gefühl geleitet, freuten wir uns nicht nur über die Komposition, sondern auch über die Aufführung, welche dem Männergesangverein im Ganzen gelungen ist und die in einzelnen Theilen auch den Anspruch an eine gewisse Vollendung machen konnte. Die Klavierbegleitung hatte Herr Musiklehrer Gährich übernommen.

sich als Mitglied beim Bureau angemeldet habe, um ihn in jedem der beiden Fälle sofort einzuberufen.

Präsident Simson: Nach der Geschäftsausordnung könne er nur beim Bureau anfragen, ob Dr. Hirsch sich zum Eintritt in das Haus angemeldet habe; der Bureauchef habe ihm soeben mitgetheilt, daß dies nicht der Fall sei.

Abg. Lasker ist der Überzeugung, gestützt auf zwei Präzedenzfälle des preußischen Abgeordnetenhauses, daß das Haus nach der Verfassung das Recht habe, ohne Rücksicht auf die Proklamation des Wahlkommissars, demanden für eine gewählt zu erklären. Die Bedenken des Abg. Schulze seien ungutrechtfertig, denn es handle sich nur darum, die Wahl des Dr. Hirsch als erste erfolgt zu erklären, wodurch der Gültigkeit derselben noch keineswegs präjudiziert werde.

Die Abg. v. Dörnberg und v. Blankenburg bringen zwei verschiedene, aber dem Inhalte nach identische Anträge ein: in Erwähnung, daß die Wahl des Seiler zu Unrecht proklamirt sei, den Bundeskanzler aufzufordern, die nötigen Schritte zu thun, daß aus den Wahlauslagen das richtige Wahlergebnis gezogen werde. (Graf Bismarck tritt in das Haus.)

Abg. von Blankenburg konstatiert, daß die bisherige Praxis des Reichstages gegen die vom Abg. Lasker aus dem preußischen Abgeordnetenhaus angeführten Präzedenzfälle spreche. Der Wahlkommissar habe recht wohl die Ansicht haben können, daß unter "Dr. Hirsch" ein anderer verstanden werden könne als der Schriftsteller Dr. Max Hirsch in Berlin; in diesem Falle wären drei Kandidaten gewesen, von denen keiner die absolute Majorität erhalten hätte, es würde also eine Neuwahl haben stattfinden müssen. Dem Abg. Blum müsse er überlassen, die gegen den Wahlkommissar erhobenen Vorwürfe zu vertreten; wahrscheinlich würde derselbe noch viel schlimmere Dinge vorgebracht haben, wenn er sich nicht seiner Unverantwortlichkeit bewußt gewesen, und deshalb seine Angriffe gemäßigt hätte. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Braun empfiehlt den Antrag Heubner; der Reichstag müsse erklären, daß Dr. Hirsch die Majorität erhalten habe, sonst werde der Wahlkommissar auf den vom Abg. Blankenburg angegebenen Ausweg verzichten, drei Kandidaten aufstellen und eine engere Wahl veranlassen. Eine Prälusion der Proteste gegen die Wahl des Dr. Hirsch finde nicht statt, denn erst nach Ablauf der Reklamationsfrist werde das Haus über die Gültigkeit der Wahl entscheiden.

Nachdem die Referenten noch einmal ihre betreffenden Anträge befürwortet haben, bemerkte Abg. Blum (Sachsen) gegen "den Geheimen Justizrat und vortragenden Rath im Justizministerium Herrn Seberr" (der Präsident bemerkte ihm, daß es Sitte des Hauses sei, daß die Mitglieder sich ohne denselben Titel nur als "Abgeordnete" bezeichnen), daß er keineswegs ebenerwähnte Behauptungen gegen den Wahlkommissar aufgestellt habe, ohne sie zu beweisen. Seine Überzeugung, die er ausgesprochen, habe er auf Wahlprotokoll und die erwähnte mündliche Mitteilung gestützt.

Der Antrag v. Unruh wird hierauf mit geringer Majorität abgelehnt. (Dafür: die Fortschrittspartei, die Sozialdemokraten und ein großer Theil der Nationalliberalen.) Der Antrag des Abg. Heubner dagegen nach Probe und Gegenprobe in namhafter Abstimmung mit 102 gegen 33 Stimmen angenommen. Die übrigen Anträge sind hiermit erledigt. — Die übrigen Wahlprüfungen sind ohne Interesse.

Abg. v. Seydewitz referirt darauf für die Geschäftsausordnungs-Kommission über die Ertheilung der Ermächtigung zur strafgerichtlichen Verfolgung der in einem Plakate des sozial-demokratischen Komitees zu Düsseldorf enthaltenen Beleidigung des Reichstages, und beantragt die Ermächtigung zu versagen, da die Kommission aus dem Inhalte des Plakates erscheine habe, daß eine Beleidigung überhaupt darin nicht enthalten sei und daß, würde eine solche doch angenommen, es der Würde des Reichstages nicht angemessen sei, darauf weiter einzugehen. Das Haus trifft den Antrag der Kommission bei.

Um 3 Uhr wird ein Antrag auf Vertagung abgelehnt und in der Berathung der Gewerbeordnung fortgeführt, die bei § 29 (Ärzte und Apotheker) stehen geblieben waren.

Abg. v. Hennig: Unsere Anträge sind hervorgegangen aus einer Petition, die von den größten medizinischen Autoritäten Berlins, ja Europas unterschrieben worden ist. Wenn Leute, die in diesen Angelegenheiten einzig und allein das richtige Urteil haben, die Stimme gegen die Beschränkungen der ärztlichen Praxis erheben, so müssen wir diesen doch sicher betreuen. Den Ausführungen des Dr. Löwe kann ich meine volle Zustimmung geben. Die Neuherungen des Abg. Wagner haben mich in diesen Entschließungen nur noch verstärkt, denn nach meiner Ansicht muß man sich bestreben, von dem Verstande gebilligte Grundsätze auch in der Praxis zur Ausführung zu bringen. Auch Abg. Wagner wünscht die Aufhebung der Quälerei gegen solche, die Medizinalpfuscherei treiben und doch will er seine Zustimmung einer Vorlage geben, welche es dem Belieben eines Richters anhebt, die Pfuscherei zu bestrafen oder nicht. Vor der Zustimmung für solche Gesetze, die einer anderen Deutung fähig sind, als der Gesetzgeber es will, muß man sich besonders hüten. Die Annahme des Amendements des Grafen Solms-Laubach (Thierärzte) würde einen bedeutenden Rückschritt der Zustände Preußens zur Folge haben. Hier ist die thierärztliche Praxis schon lange frei, und dies hat die besten Erfolge mit sich gebracht. Wenn eine Beschränkung in dieser Beziehung eingeführt werden soll, so gehört diese nicht in dieses Gesetz, sondern in das Strafgezegbuch und dann bin ich sogar dafür, daß derjenige, der jemand durch schlechten Rath schadet, für diesen Schaden verantwortlich gemacht werden kann. Ich gehe sogar so weit, daß selbst die Besitzer zur Verantwortung gezogen werden müssen, wenn sie beispielweise bei ansteckenden Krankheiten verfaulmt hätten, einen geprüften Thierarzt zu Rath zu ziehen.

Abg. v. Mühlner warnt durch Aufnahme problematischer Ansichten das ganze Gesetz zu gefährden. Der Kernpunkt der Frage ist hier der: Soll die Ausübung der ärztlichen Praxis wie bisher von der Approbation abhängig oder soll sie ganz frei sein und soll nach bestimmten Grundlagen und Regeln, die von der Erfahrung gegeben sind, dieselben erfolgen oder soll das Publikum selbst der einzige, richtige Prüfstein sein. Für diesen letzteren Punkt hat sich auch die Petition erklärt, die allerdings von großen Autoritäten unterschrieben ist, denen jedoch die Autorität der wissenschaftlichen Deputation für Medizinalwesen, der höchsten Instanz, in dieser Frage entgegenzusetzen ist. Der Redner wiederholt die Anschauungen, die er als Minister im preußischen Landtag ausgesprochen. Das Publikum ist einmal daran gewöhnt, den Arzt und den Doktor zu identifizieren. Das sichere Gute soll man keinesfalls für ein ungewisses Befestigen weggeben.

Abg. v. Hennig: Die zitierte Deputation ist die höchste amtliche, aber nicht die höchste wissenschaftliche Instanz für diese Frage. Der Berufung auf die Geschichte hält Redner die Beteiligung des Professors Hirsch, des ersten lebenden Historikers der Medizin, an der Petition entgegen.

Abg. Dr. Löwe: Für jeden Kreisphysikus ist eine der unangenehmsten Sachen, die Medizinalpfuscherei zu überwachen und deshalb zu denunzieren, und selbst für den Richter gibt es kaum unangenehmere Prozesse als die wegen Medizinalpfuscherei. Durch strenge Gesetze wird man den Schwindel nie unterdrücken, er wird nur befeitigt werden durch Aufklärung des Volkes. Dasjenige Publikum, das sich von einem wissenschaftlich gebildeten Arzte behandeln lassen will, behält diese Möglichkeit nach wie vor: eine Notwendigkeit, das Publikum gegen die Unwissenheit oder den Schwindel einzelner durch besondere Gesetze zu schützen, liegt nicht vor, denn ein solcher kann durch gerichtliche Verfolgung wegen falscher Vorstellungslagen oder wegen des von ihm angerichteten Schadens viel schneller und sicherer befeitigt werden, als wegen Medizinalpfuscherei. Der Abg. v. Mühlner warnt uns, da gewisse Gute nicht gegen das ungewisse aufzugeben; von einem ungewissen Guten aber ist nicht mehr die Rede, es gilt Zustände zu befeitigen, die die Moralität so sehr schädigen, daß Viele dem Geseze nicht gehorchen, weil es mit dem allgemeinen sittlichen Wohlsein in direktem Widerspruch steht.

Abg. v. Dörnberg wünscht, daß der Doktorat von denen gesucht werden möge, die sich damit schmücken wollen. Wie er jetzt als Bedingung für die ärztliche Praxis gestellt wird, hat er nur die Bedeutung einer Geldauszahlung von 150—200 Thlr. zu Gunsten solcher Personen, die einer solchen Zuwendung eben nicht bedürfen.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Wigards auf Streichung der §§ 29, 30 und 80 der Vorlage und auf Vorlegung eines das Medizinalwesen umfassenden Bundesgesetzes, desgleichen der von ihm eventuell formulirte § 29 (vgl. den letzten Bericht) fast einstimmig abgelehnt.

Alinea 1 des § 29 der Vorlage wird abgelehnt und statt ihrer der Antrag Runge, von Hennig nebst dem Busage v. Dörnberg angenommen, da gegen Alinea 2 der Vorlage mit dem Busage Löwe und Alinea 3 angenommen, Alinea 4 wird mit der von Runge und v. Hennig verlangten Streichung und einem heute eingebrochenen Busage Lasker's statt der Worte im Absatz 4, sowie Personen, deren Befähigung u. s. w. bis zu Ende als besonderen Absatz hinzuzufügen: „Dem Bundesrat bleibt vorbehalten, zu be-

stimmen, unter welchen Voraussetzungen Personen wegen wissenschaftlich erprobter Leistungen von der vorgeschriebenen Prüfung ausnahmsweise zu entbinden sind“) Alinea 5 Runge v. Hennig und Gr. Solms angenommen.

In dieser vielfach amendirten Gestalt wird der § 29 fast einstimmig angenommen.

Schlüß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag.

Parlamentarische Nachrichten.

Eine Anzahl Preußen und anderer nicht sächsischer Staatsangehöriger des Norddeutschen Bundes, die in Dresden ihren dauernden Wohnsitz genommen haben an den Reichstag eine Petition gerichtet, in welcher sie sich über die mangelhafte Ausführung des Gesetzes über die Freiübungigkeit vom 1. Novbr. 1867 seitens der sächsischen Behörden beschweren, und um gesetzliche Beseitigung der in den verschiedenen Bundesstaaten bestehenden Ungleichheiten bezüglich der Niederlassung und der Freiübungigkeit bitten. — Nämlich wird darin hervorgehoben der in Dresden noch bestehende Zwang zur Erwerbung des Gemeinderechts als Bedingung des Gewerbebetriebs, ferner das von der dortigen jüdischen Gemeinde auf Grund ihres durch die sächsische Regierung bestätigten Status in Anspruch genommene Recht, vor jedem neuangiebenden Israeliten ein Eintrittsgeld von 50 bis 200 Thlr. zu erheben. Endlich wenden sich die Petenten gegen die fortwährende Heranziehung der in Dresden wohnenden preußischen Staatsbürger zu den für Preußen zu entrichtenden Staatsteuern. Die dadurch veranlaßte doppelte Besteuerung hat der Reichstag bekanntlich schon früher als einen Uebelstand anerkannt, und die Abstaltung derselben in einer Resolution vom 21. Oktober 1867 für nothwendig erklärt.

Wir erhalten von kompetenter Seite folgende Mittheilung und Aufforderung, der wir uns im Interesse der Sache folge zu geben verpflichtet fühlen:

Die Berliner Medizinische Gesellschaft hat in ihrer an den Reichstag gerichteten Petition unter Anderem auch die Aufhebung des § 200 des preußischen Strafgezegbuchs beantragt. — Fast allen Mitgliedern des Reichstages — die Wenigen ausgeschlossen, die selbst Ärzte sind — fehlt jede Vorstellung von dem eikanischen Missbrauche, von den ungegründeten Denunziationen und von den schuldlosen Verurtheilungen, zu denen § 200 (ärztliche Schwangerschaft) führt. — Darum stößt jenes Petition, wie private Vorbesprechungen gezeigt haben, selbst bei liberalen Reichstagsmitgliedern zuerst auf einen gewissen Widerstand, und nur eine sachliche, durch das praktische Leben illustrierte Auflärung über die schweren Folgen des § 200 für den Arzt und über die Nutzlosigkeit desselben für das Publikum bringt diesen Widerstand allmählig zum Weichen. — Jeder Arzt, der Erfahrungen mit § 200 gemacht hat, wird deshalb der Sache einen Dienst leisten, wenn er eine Mittheilung des Falles an die Berliner medizinische Gesellschaft (Schriftführer Herren Dr. B. Kräntel, Dorotheenstraße 96) recht schmeichelnd gelangen läßt. — Bei der Verwertung dieses Materials zur privaten Auflärung einzelner hervorragender Reichstagsmitglieder wird Niemandes Namen und Wohnort genannt werden. Die Befürchtung, unliebsame Erlebnisse öffentlich erörtert zu sehen, braucht deshalb bei Niemandem Platz zu greifen. — Auch später, als innerhalb der nächsten 8 Tage eingehende Busendungen könne für die Entschließung des Bundesrates noch sehr fruchtbringend verwertet werden, und mögen deshalb, wenn sie früher nicht möglich sind, nicht unterbleiben.

Die Berliner Medizinische Gesellschaft hat in ihrer an den Reichstag gerichteten Petition unter Anderem auch die Aufhebung des § 200 des preußischen Strafgezegbuchs beantragt. — Fast allen Mitgliedern des Reichstages — die Wenigen ausgeschlossen, die selbst Ärzte sind — fehlt jede Vorstellung von dem eikanischen Missbrauche, von den ungegründeten Denunziationen und von den schuldlosen Verurtheilungen, zu denen § 200 (ärztliche Schwangerschaft) führt. — Darum stößt jenes Petition, wie private Vorbesprechungen gezeigt haben, selbst bei liberalen Reichstagsmitgliedern zuerst auf einen gewissen Widerstand, und nur eine sachliche, durch das praktische Leben illustrierte Auflärung über die schweren Folgen des § 200 für den Arzt und über die Nutzlosigkeit desselben für das Publikum bringt diesen Widerstand allmählig zum Weichen. — Jeder Arzt, der Erfahrungen mit § 200 gemacht hat, wird deshalb der Sache einen Dienst leisten, wenn er eine Mittheilung des Falles an die Berliner medizinische Gesellschaft (Schriftführer Herren Dr. B. Kräntel, Dorotheenstraße 96) recht schmeichelnd gelangen läßt. — Bei der Verwertung dieses Materials zur privaten Auflärung einzelner hervorragender Reichstagsmitglieder wird Niemandes Namen und Wohnort genannt werden. Die Befürchtung, unliebsame Erlebnisse öffentlich erörtert zu sehen, braucht deshalb bei Niemandem Platz zu greifen. — Auch später, als innerhalb der nächsten 8 Tage eingehende Busendungen könne für die Entschließung des Bundesrates noch sehr fruchtbringend verwertet werden, und mögen deshalb, wenn sie früher nicht möglich sind, nicht unterbleiben.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. April.

Über den wachsenden Einfluß der ultramontanen oder Jesuitenpartei in Galizien und der Provinz Posen schreibt man der Lemberger "Gazeta Narodowa" von hier Folgendes:

Die Ultramontanen herrschen bereits in Krakau, breiten ihre Macht mit Hilfe der Arifokratie, der sie zu schmeichelnd verstecken, in Galizien immer mehr aus und zählen die ganze höhere Gesellschaft im Großherzogthume Posen zu ihrem Anhange. Die Zahl der Klöster wächst mit jedem Tage, Donationen und Opfergaben fließen reichlich, und während die Kinder von verstorbenen Emigranten in ihrer Verlassenschaft Hungers sterben, wird das Geld mit vollen Händen für religiöse Phantasien dargebracht. Ich führe zur Charakterisierung unserer Zustände nur eine geringfügige Thatsache an. Dr. Ebel (Vgl. unter Lemberg) kommt nach Posen, um einige Vorträge für Frauen zu halten. Überall anderswo wären die Buschauer Saarenweise herbeigeileit, um einen solchen Mann zu hören; aber in Posen werden die ganze Fastenzeit hindurch Vormittags Meditationen und Nachmittags Reflexionen und andere religiöse Praktiken abgehalten, und darum bleibt für die Vorträge des Dr. Ebel keine Zeit übrig. Das war in der That der Entschuldigungsgrund, mit dem der Besuch der Vorträge allgemein abgelehnt wurde. Immer mehr beherrschen die Ultramontanen durch die Geistlichkeit das Volk und durch ihren Einfluß auf die Schulen die heranwachsende Jugend. Ein großer Theil der Nation möchte gern gegen das ultramontane Treiben lauten Protest erheben; aber gleich dabei sieht Russland mit seinen Ausrottungsmethoden gegen den Katholizismus, und so muß man schweigen, um Russland nicht zu unterstützen. Die Jesuiten wissen dies sehr wohl und treten daher immer leder auf. Alte polnische Adelsfamilien, denen sie in reicher Maße päpstliche Orden, Ablasse, Segensspenden und Auszeichnungen zu verschaffen wissen, dienen ihnen mit großer Hingabe, und wie es früher Mode war, liberal zu sein, so gehört es heute zum guten Ton, ultratatholisch zu sein.

Im kath. Lehrerseminar wurden im Laufe der vorigen Woche eine Lehrer-Nachprüfung und eine Kommissions-Prüfung abgehalten. Die Prüflinge waren in zwei Abtheilungen gebracht worden, in der einen führte Herr Regier.- und Schulrat Dr. Wielski, in der anderen der Herr Schulrat Himmel den Vorzug. Zur Nachprüfung, die jeder Lehrer, ehe er definitiv angestellt wird, ablegen muß, hatten sich 6 Lehrer eingefunden, von denen aber nur 2 die Prüfung bestanden. An der Kommissions-Prüfung, die sämtliche Prüflinge bestanden, nahmen 5 Kandidaten Theil, darunter ein früherer Gymnasial-Lehrer aus dem Königreiche Polen und ein Konvertit, der nur noch die Religionsprüfung zu machen hatte.

Der kath. Kirchhof auf St. Adalbert soll in nächster Zeit so weit abgeschafft werden, daß seine Frontmauer mit der Front der Garnison-Kirche sich in gleicher Fluchtlinie befindet. Die abgeschnittene Ecke wird vom Militär-Hospitium übernommen und mit dem Wege vereinigt; dagegen erhält die Gemeinde das dem Hospitium gehörige, aber innerhalb des Kirchhofs stehende Häuschen, das dann wahrscheinlich niedergeissen werden wird.

Die diesjährige Bauthätigkeit übertrifft die des Vorjahrs am Umfang, obwohl gegenwärtig im Ganzen wenig Neubauten zur Ausführung kommen und die meisten Baubuden sich auf Umbau und Ausbauten beschränken. Bei diesen Umbauten alter Häuser, wie sie jetzt auf dem alten Markt und in der Friedrichstraße ic. vorgenommen werden, zeigt es sich häufig recht klar, wie wenig solide unsere Vorfahren in ihren Bauten zu Werke gegangen sind; es ist ein Haus an das andere geklebt worden und oft wurde es nur dadurch aufrecht erhalten, daß es sich an seinen Nachbaren wie Rechten und Linken stützte. Auch die Nachbarhäuser des jetzt niedergeissen Davidischen Gebäudes mußten durch Balken stark unterstüzt werden. Der frühere Bauherr des letzteren Hauses hat es damals billig und bequem gefunden, die Seitenmauern desselben nur bis zum 2. Stockwerke zu führen und alsdann einfach die Mauern der Nachbarn zu benutzen. Die Zeitgeist baut entschieden solid. Die Besitzer der Breslauer Thorwache, Kaufmann E. Rudolph und Destillateur J. Becker, haben am heutigen Tage auch den Umbau der Wache begonnen, um in derselben drei elegante Läden einzurichten. Der projektierte Neubau an Stelle der alten Wache unterbleibt, weil die städtischen Behörden den Eigentümern jenen der Kommune gehörigen Winkel, 1½ Quadratruten groß, für den gebotenen Kaufpreis von 400 Thlr. nicht überlassen hat. Das Bedauernswerteste hierbei ist nur, daß die Stadt die zu öffentlichen und privaten Appartements benötigte Ecke nicht los wird.

Die Eichwaldstraße wird in diesem Frühjahr wieder ein tückiges Stück weiter ausgebaut, nämlich bis an den Kreuzweg vor dem Schwellenhaus. Die Kommune hat die Straße bis zum Victoria-Park zu unterhalten.

Die polnische Theatergesellschaft aus Krakau trifft am 15. Mai zu einem Ball von Vorstellungen hier selbst ein.

Bojanowo, 11. April. [Mord und Selbstmord.] — Diebstahl. Das Gerücht von einem schrecklichen Mord, veranlaßt aus verschmähter Liebe und verbürtet in dem benachbarten Dorfe Groß-Saul durchläuft die Stadt und verleiht die Gemüther in Erregung. Ein Knecht in dem besagten Dorfe war in bestiger Leidenschaft für eine nicht allzu junge Witwe, welche eine neunjährige Tochter hat, entbrannt, fand jedoch keine Gegenliebe und hat sich wahrhaft blutig gerächt, indem er seiner Geliebten den Hals abgeschnitten und sich selbst aufgehängt hat. — Der Wohnungswechsel am jüngsten Quartal hat hier sonderbarer Weise zur Ermittlung eines Diebstahls geführt, wovon die Bewohneren gar keine Ahnung hatten. Ein früherer Haushälter in der heutigen Apotheke, späterer Tagearbeiter hat alle seine Stellungen zur Verübung von Diebstählen zu benutzen gewußt, ohne daß sich jemals der geringste Verdacht auf ihn gelenkt hatte, bis es endlich bei seinem heutigen Umzug eindeutig aufging. — Vorläufig ist er in sicherem Gewahrsam — und das „Anhängen“ wird sich schon finden.

Rissa, 11. April. Ein Kunstgenüß steht uns für den nächsten Sonntag den 18. d. in Aussicht, indem der hiesige Gefangenvorstand für klassische Musik, unter Leitung seines bewährten Dirigenten, Herrn Buchhändler und Rathsherrn Th. Scheibel, das bereits angekündigte Frühjahrs-Konzert in der Aula des I. Gymnasiums zur Aufführung bringen wird. Die letztere umfaßt diesmal zwei größere Konzerte: das nach Ossian von Niels W. Gade in Musik gesetzte dramatische Gedicht: „Comala“ für Solo, Chor, und großes Orchester, und die nach der Hornischen Dichtung gleichfalls für Solostimmen, Chor und großes Orchester in Musik gesetzte Schumannsche Komposition „der Ross Pilgerfahrt“. Die Beisetzung der Solo's und die trefflich eingeübten Chöre verheißen uns eine außerordentliche Musik- und Gefangenshow. Ob die Erhöhung der bisherigen Billettpreise von 10 Sgr. auf 15 resp. auf 20 Sgr. an der Kasse, den Besuch des Konzerts durch das größere Publikum nicht beeinträchtigen werde, dürfte noch erst der Erfolg zeigen. Für größere Familien wird jedoch zu einer empfindlichen Ausgabe, wenn mehrere Glieder zugleich das Konzert besuchen wollen; für solche mindestens sollte eine Preisermäßigung durch Ausgabe von Familienbillets stattfinden. — Der hiesige (Roden-Krautläder) Landwirtschaftliche Verein wird am 16. d. zu einer Sitzung zusammengetreten, in der unter andern auf die Tagesordnung gestellte Fragen von speziell landwirtschaftlichem Interesse, auch die Schlussverhandlung über die am 3. und 4. Mai c. zu veranstaltende Thierschau nebst Wettkämpfen, Zucht- und Märschmarkt stattfinden soll. Über Konzert- und Vereinsfestsitzung wird die weitere Berichterstattung vorbehalten.

Öhringen, 12. April. In Böwolo-Hauland bei Santomys brannten am vergangenen Freitag Abends das Wohnhaus, drei Stallungen und die Scheune des Müllers nieder. Da das Feuer sich schnell über sämtliche mit Stroh gedekte Gebäude verbreite, konnten nur die Betten gerettet werden. Das Mobiliar, Getreide und alle sonstige Habe des Besitzers wurden ein Raub der Flammen. Die angestellten Unterforschungen über die Entstehung des Feuers lassen auf Brandstiftung schließen.

X Schröda, 10. April. Vor einigen Tagen brach in der zehnten Abendstunde im Böwolo-Hauland, Distrikt Santomys, Feuer aus, durch welches die Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Eigentümers Brückner total vernichtet

60 Thlr., frei Brennholz und Ackerland, redlich und treu vorgestanden, hinterließ seine Ehefrau mit fünf kleinen Kindern. Viele Bitten und schriftliche Anträge bei den vorgesetzten Behörden u. c. wegen einer kleinen Pension und freier Wohnung blieben erfolglos. Sie mußte mit ihren Kindern ihren Wohnort verlassen. Drei Kinder wurden von fremden Leuten aus Erbarmen aufgenommen jedoch zwei muß die Witwe selbst, und zwar dadurch ernähren, daß sie seit zwei Jahren beim Kaufmann W. in Bromberg als Kinderfrau in gutem Dienst und Lohn steht. Nun ist aber ihr Brodherr kürzlich verstorben, was wird die Armeleute jetzt mit ihren Kindern beginnen? Das ist das Los armer verlassener Schullehrerwitwen.

△ **Bromberg**, 11. April. Für die am Donnerstag bevorstehende Wahl eines ersten Bürgers im eisernen unter der Stadt wird mächtig agitiert. Nach den neuesten Nachrichten hat der fürzlich hier ansässig gewordene Rechts-Anwalt J. Bote die meisten Chancen. Bekämpft wird aber seine Kandidatur von anderer Seite deshalb, weil er wenig hier bekannt ist. So viel steht fest, in Herren von Hölzer würden wir einen humanen und gerechten Vertreter unserer Stadt verlieren. Stadtrath Hoppe aus Thorn, welcher ebenfalls kandidiert, hat wenig Aussicht. — Wenn die Posener Obergesellschaft hier nicht bessere Geschäfte macht, dürfte sie möglicherweise unsere Nachbarstadt Thorn besuchen; Herr Schwemer hat sich am Freitag der Thorner Behörde vorgestellt. — Während des Sommers soll unser Theater dekorativ neu ausgestattet werden und im künftigen Frühjahr, wenn nichts dazwischen kommt, mit einem Umbau der auf 12,000 Thlr. zu stehen kommt, vorgenommen werden. Der Plan dazu ist von den Herren Baurath Müller, Stadtrath Heyder und Zimmermeister Mauz gefertigt, — Heute, am 50-jährigen Priesterjubiläum des Papstes, war vom kathol. Pfarrkirche eine mächtig große päpstliche Gabne, zur Bezeichnung der würdigen Geist, ausgestellt. Mittags tönten Böllerchüsse. — Viel Aufsehen erregte hier das Verschwinden einer Tochter seit Neujahr, die jetzt in Herrenkleidern statthaft ausgeputzt wieder aufgefunden ist. Dieselbe hat mit einem Herrn zusammengelebt und war stets in dessen Begleitung als lieber Nichte überall mitgenommen, ohne erkannt zu sein.

E. **Gryin**, 11. April. Von den von einer Missionsgesellschaft in England in unserer Provinz unterhaltenen jüdischen Freischulen (auch Missionsschulen genannt) wodurch die Kluft zwischen Judenthum und Christenthum allmählig verringert werden soll, ist Ende vorigen Jahres die sehr lange zu Margonin bestandene wegen zu geringer Schülerzahl aufgehoben worden, und somit bestehen in unserem Regierungsbezirk Bromberg nur noch zwei Schulen, in Gnesen und Nowaclaw, und in einem kleinen Städtchen des Wongrowitzer Kreises eine mit der dortigen evangelischen Schule verbundene Simultanmissionsschule. Der in Margonin stationirt gewesene Lehrer ist nun an die jüdische Freischule in Obernix versezt worden. — In dem Städtchen Miasteczko wurde im vorigen Jahre der Bau einer evangelischen Kirche begonnen, der nun so weit vorgeschritten ist, daß sie in nächster Zeit vollendet sein wird. Auch hat dieselbe einen in dem vorderen Giebel ruhenden Thurm zur Aufnahme der schon für das vor vielen Jahren auf dem Marktplatz gestandene abgebrannte Bethaus vorhanzen gewesenen beiden Glocken erhalten, doch geht dieser Thurm der auch nur kleinen Kirche wenig in seinem Mauerwerk über das Kirchendach hinaus. Ihre Stand hat sie recht schön, etwas abseits in einem Garten, rechts vom Marktplatz nördlich führenden einzigen Straße unseres Städtchens. Wann die vor drei Jahren in dem eine Achteilemeile von Miasteczko östlich gelegenen Dorfe Brostowo auch abgebrannte evangelische Kirche wieder gebaut werden wird, ist noch unbestimmt, da die von dem Gründungshaukaptal angesammelten Zinsen noch lange nicht dazu ausreichen. Der einstige Erbauer dieser niedergebrannten schönen großen Pfarrkirche mit einem prächtigen Orgelwerke von 16 Klingen, der damalige Gutsb. Arndt, hat eben jenes Bauplatz niedergelegt, dann auch noch Kapital, aus deren Zinsen der Kantor, Kirchendiener und alle Kirchenbedürfnisse bestritten werden, damit niemals ein Klingelbeutel dort gehen sollte. Diese beiden Muttergemeinden Brostowo und Miasteczko haben nur gemeinschaftlich einen Pfarrer, der von jeher im Pfarrhaus zu Miasteczko wohnt, den Hauptgottesdienst aber stets in Brostowo 10 Uhr Vormittags abhalten muß. — Der jetzige Gutsb. von Brostowo hat den von dort bis nach dem Bahnhof Miasteczko durch die dortigen hohen Anhöhenberge sich hinwälzend, eine Viertelmeile langen *Wasserweg*, planmäßig planieren und mit Bäumen besetzen lassen, damit die von ihm zugleich beabsichtigte alsbaldige Chauffirung derselben dann keine Hindernisse mehr darbiete.

△ **Gnesen**, 10. April. Der in dem Regierungsbezirk Bromberg für die größeren Städte, namentlich Bromberg, Gnesen, Nowaclaw, Schnedemühl, Nakel und Poln.-Krone durch ein Begründungs-Komitee zu Bromberg in Bewegung gebrachte Hypotheken-Verein in zur Befreiung städtischer Grundstücke hat in hiesiger Stadt vielseitigen Anlang gefunden und es sind bereits mehrere Beitrags-Erläuterungen mit dafür sich interessierenden hies. Grundbesitzern aufgenommen worden. Die Zahl der Beitreitenden, von denen jeder ein Beitragsgeld von 2 Thlr. zur vorläufigen Besteitung der Kosten zu zahlen hat, soll sich bereits über Hundert belaufen. Unter den Beitreitenden befinden sich auch der hiesige Kreislandrat Nossan, Bürgermeister Machatius u. c. und steht zu erwarten, daß bei weiterer Ausweitung noch gar viele der hiesigen Eigentümner diesem Vorgange sich anschließen werden. — Die seit einiger Zeit vielfelzig gehalte fröhle Erwartung, der hiesige große zu einem öffentlichen Vergnügungsorte sehr geeignete sogenannte Tytsche Garten sei von einem Entrepreneur in Pacht genommen und werde zu einem Volksgarten eingerichtet, soll leider eine vergebliche geworden sein, weil der Magistrat der Nähe des Gymnasiums wegen die Konfessions-Erlaubnis dazu verweigern zu müssen für Recht befunden hat. Es wird dies allgemein und insbesondere von der hiesigen Dämmerwelt sehr bedauert, da es dergleichen Vergnügungsorte hier noch gar nicht giebt, es müßte denn das sogenannte Bussische Etablissement Kawary, welches aber $\frac{1}{4}$ Meile von der Stadt liegt, als ein solcher in Betracht kommen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

** Nach den von Hrn. A. Petermann in Götha veröffentlichten Bericht über die bis zum 1. April 1869 eingegangenen Beiträge für die erste und zweite deutsche Nordpolarexpedition (1868 und 1869/70) belaufen dieselben sich auf 30,000 Thlr. (darunter von Se. M. dem Könige 5000 Thlr.), wovon für die erste Expedition 15,000 Thlr. verwendet werden. Da der Kostenanschlag für die neue grätere Expedition, welche sich auf $\frac{1}{2}$ Jahr erstrecken soll, sich aber auf 48,000 Thlr. beläuft, so bleiben durch ferner Sammlungen noch 33,000 Thlr. aufzubringen. — Nach einer dem Dr. Petermann unter dem 12. d. aus England zugegangenen Nachricht werden in diesem Sommer zwei englische Expeditionen nach den Polarregionen abgehen, die eine unter Lamond, die andere unter Kapitän Palliser.

Staats- und Volkswirtschaft.

△ **Berlin**, 12. April. Der Ausschuß des Bundesrats für Soll- und Steuerwesen hat einen weiteren Bericht über die Angelegenheit der Branntweinstuer erstattet und namentlich über den vom Präsidium gestellten Antrag, daß die Ausführungsvergütung für Branntwein um 1 Pfennig, nämlich von 1 Sgr. 3 Pf. auf 1 Sgr. 4 Pf. für jedes preußische Quart zu 50 % Alkohol erhöht werde. Der Ausschuß hat sich für Genehmigung des Antrages ausgesprochen, weil jedenfalls für den vollen Erfolg der inländischen Verbrauchsabgaben bei der Ausfuhr Sorge zu tragen sei, da jeder nicht erstattete Theil einer solchen Abgabe die Bedeutung eines Ausfuhrzolls annehmen und also der Ausfuhr selbst wie der Produktion des Artikels wesentlichen Nachtheil bringen würde.

△ **Berlin**, 12. April. Die Pauschalsummen-Beträge, welche im Jahre 1868 für die Kosten der Sollverhebung und des Sollabzuges an den Außengrändern von dem Sollvereine seinen Mitgliedern gewährt worden sind, machen die Summe von 3,544,783 Thlr. aus und verteilen sich mit 820,874 Thalern auf die persönlichen Ausgaben aus den Hauptzollämtern und den Nebenzollämtern erster Classe, mit 73,328 Thalern auf die Nebenzollämter zweiter Classe, mit 2,056,314 Thlr. auf die Gehälter des Grenzaufsichtspersonals, mit 276,107 Thalern auf die Equipagen- und Pferdeunterhaltungsgelder, mit 248,055 Thlr. auf die besonderen Ausgaben, welche für Vereinsrechnung zu übernehmen sind. Auf den Norddeutschen Bund kommen von der Gesamtsumme 2,608,104 Thlr., auf Preußen insbesondere 2,177,567 Thlr., auf Luxemburg 121,929 Thlr., auf Bayern 427,754 Thlr., auf Würtemberg 24,991 Thlr., auf Baden 347,228 Thlr., auf die hessischen Provinzen, Starkenburg und Rheinhessen 14,713 Thlr., welche letztere Summe zum größten Theil an Gehältern u. s. w. für Wachtschiffführer zur Verwendung gekommen ist. Die Grenzstrecken betragen für den Norddeutschen

Band 998 Meilen, für Preußen insbesondere 886 Meilen, für Luxemburg 27 Meilen, für Bayern 153 Meilen, für Württemberg 3½ Meile, und für Baden 68 Meilen, im Ganzen 1249½ Meile.

** **Der internationalen Gartenausstellung**, welche im Herbst d. J. in Hamburg stattfinden soll, wendet man allgemein eine ungewöhnlich rege Theilnahme zu, wie es bei der Großartigkeit des Untern. hmens und der Anlage gar nicht anders zu erwarten ist. Bekanntlich war Preußen zuerst bereit, einen Kommissar zu ernennen und Preise auszusetzen; unstreitig werden sämtliche europäische Regierungen diesem Beispiel folgen. Schon sind Kommissare von Großbritannien, Belgien, den Niederlanden und Nordamerika definitiv ernannt; Frankreich, Italien, Schweden und Norwegen und Österreich haben Gleiche in Aussicht gestellt. In den europäischen Hauptstädten haben sich bereits Subkomitees gebildet.

Bern, 7. April. Auch Seitens Badens liegt jetzt eine Erklärung, betreffend die definitive Wahl der St. Gotthard-Linie für die Alpenbahn vor. Die betreffende Note lautet:

Stuttgart, 5. April 1869.

Der unterzeichnete großherzoglich badische Minister-Resident beeindruckt sich, erhaltenem Auftrage gemäß, dem hohen schweizerischen Bundesratte die folgende ergebnste Mittheilung zu machen. Seit einer Reihe von Jahren ist die Frage wegen Herstellung eines Eisenbahn-Ueberganges durch die helvetischen Alpen erörtert worden. Darüber, daß die Interessen der unmittelbar dadurch näher verbundenen Länder, der Schweiz und Italiens, sowie in zweiter Linie auch derjenigen des ganzen Rheinbeckens und der, daran sich schließenden Gegenden eine solche Verbindung wünschenswerth machen, sind die Stimmen zu keiner Zeit getheilt gewesen. Zweifelhaft konnte nur erscheinen, an welchem Punkte der schweizer Alpen der Uebergang am zweitmäßigsten erfolge. Die inzwischen angestellten Untersuchungen über die technischen Fragen und über die in Betracht kommenden Interessen des Handels und des Verkehrs haben schließlich ergeben, daß der Gotthardpass den Bedingungen, welche für die zu währende Uebergangslinie zu stellen sind, im vorsprünglichen Maße entspricht. Die k. italienische Regierung hat sich deshalb endgültig für den St. Gotthard entschieden und hat neuerdings die bestimzte Erklärung abgegeben, daß sie einzig und allein für diesen Pass eine Unterstützung in Aussicht stellen könne. Nicht minder hat sich die Regierung des Norddeutschen Bundes mit Rücksicht auf die Bedeutung, welche eine zentrale Alpenbahn für den westlichen Theil des Norddeutschen Bundes hat, ausschließlich und definitiv zu Gunsten des St. Gotthard ausgesprochen. Die großherzoglich badische Regierung gibt unter diesen Verhältnissen gleichfalls dem St. Gotthard für die zu erbauende zentrale Alpenbahn entschieden den Vorzug und würde allein diesem Uebergangspunkte ihre Unterstützung zuwenden können, deren Beantragung bei den Ständen des Großherzogthums sie eventuell sich vorbehält. Die großherzoglich badische Regierung giebt sich der Hoffnung hin, daß der hohe schweizerische Bundesrat die Ueberzeugung von der alleinigen Ausführbarkeit der Gotthard-Bahntheil und die ihm gebührende Initiative zu der weiteren Förderung dieser vor allen Dingen schweizerischen Frage nunmehr ergreifen, sowie ein bestimmtes Projekt aufstellen werde, welches den Verhandlungen der beteiligten Staaten als Grundlage dienen kann. Indem ic. ic. F. v. Dusch.

** **Die Verbindung Englands mit Frankreich**. Nachdem die beiden Projekte einer Ueberbrückung und Tunnelirrigation des Kanals schon so lange hin und her erörtert worden sind, scheint ein drittes, jüngeres und allerdings auch weniger kostspieliges Projekt sich eher verwirklichen zu wollen, das einer Eisenbahnfähre, welche ganze Personen- und Güterzüge, ohne ein Aufsteigen resp. Umladen nötig zu machen, von Frankreich nach England befördern soll. Die für dieses Unternehmen „International Communication“, zu erbauenden Fähren werden 450 Fuß in der Länge, 57 Fuß in der Tiefe und 8 Fuß in der Breite, und durch einen Eisenbahnschuppen von 1500 Pferdekraft getrieben, den Weg zwischen der französischen und englischen Seite in einer Stunde zurücklegen, während die Dimensionen des Eintritts der Wellen fast gänzlich paratlystisch. Die Eisenbahnwaggons werden durch hydraulische Maschinen auf die Fähre und wieder von derselben weggebracht. Um von Ebbe und Flut, Wind oder See unabhängig zu sein, soll auf beiden Seiten ein Hafen angelegt werden. Der englische Hafen wird Dover sein, während an der französischen Küste eine Stelle zwischen Cap Grisnez und Boulogne in Aussicht genommen ist. Das ganze Unternehmen soll in weniger als drei Jahren vollendet sein und weniger als zwei Millionen Pf. St. kosten.

Petersburg, 12. April. Ein Extrablatt des „Regierungs-Anzeigers“ enthält den Kaiserlichen Uta, betreffend die Emission der zweiten Serie der Nikolai-Bahn-Obligationen. Das Emissionskapital beträgt 69½ Millionen Rubel in Silber, rückzahlbar in 82 Jahren, der Binsfuß 4 Prozent. Die Subskription findet in London, Amsterdam und Paris statt.

** Aus Petersburg erhält die B. u. H. Btg. Kenntniß von der nahe bevorstehenden Konzessionserteilung für ein, unter der Firma Russische Vereinsbank in Petersburg zu errichtendes neues Bankinstitut, das insofern eine Art von internationalem Charakter tragen soll, als deutsche, holländische, französische und russische Firmen gleichzeitig dabei beteiligt sind.

Hopfen.

München, 10. April. Notizen. 1868er Später Umgegend 58—70 fl. do. Brantsche Landware 35—45 fl. Alles pro 112 Sollpfund.

Nürnberg, 10. April. Der Markt ist ziemlich still und kamen nur wenig Geschäfte in Exportware zu 17—18 fl. zum Abschluß. Dagegen wurden in besserer Qualität 50 Balen Würtemberger zu 24 fl. verschiedene Hallertauer zu 20, 24 und 28 fl. gehandelt. Auch 1867 fanden hierbei in einzelnen Posten zu 10—11 fl. Nehmer, während eine hübsche Partie Oberösterreich zu 18 bis 20 fl. gekauft wurde. Das heutige Geschäft verharrete bis Mittag in gänzlicher Stille und blieb ziemlich leblos. Bei etwas Nachfrage für Exportware wurden nur einige Käufe zu 17—18 fl. gemacht.

Ackerbau.

** **Der Kunstdünger und der Weinbau.** Biewohl man schon Anfangs der über Jahre, ja früher noch, den hohen Wert der künstlichen Düngemittel für den Fruchtbau erkannte, dauerte es fast bis in die 60er Jahre, bevor man auch in den Weinbergen Kunstdünger in Anwendung brachte. Allein seit einer kurzen Reihe von Jahren hat man die Überzeugung gewonnen, daß gewisse chemische Stoffe, dem Boden zugeführt, eine sehr vortheilhafte Wirkung auf Reben und Trauben äußern. In erster Linie ist es das auch dem Volksmund nun zugänglich gewordene Kali (eine Hauptsubstanze des Kali und Pottasche), welches dem Boden da, wo er schon lange dem Weinbau dient, ununterbrochen entzogen wurde, ohne daß ein ausreichender Erfolg dafür gegeben worden wäre, denn die Behandlung des Stallmistes, der ja trotz den Kunstdüngern immer noch den Hauptdünger bildet und immer bilden wird, war bis in die neuere Zeit der Art, daß der Urin der Thiere, resp. die daraus werdende Saupe, die fast alles Kali, das den Thieren im Hinter verabreicht wird, enthält, meistens verloren ging. Daher kommt es denn, daß die in den letzten Jahren vielfach zur Anwendung gekommenen Kalisalze meistens einen recht befriedigenden Erfolg gehabt haben. Man hat sich überzeugt, daß in den mit Kalisalzen gedüngten Weinbergen die Reben im Frühjahr früher zum Trieb kommen, als da, wo es dem Boden an leicht aufnehmbaren Kali fehlt, was jedenfalls überall da als erwünscht erachtet werden darf, wo Rebsorten und Lage für die Spätfüchte nicht empfänglich sind; ferner steht es fest, daß die so gedüngten Weinberge ihre Trauben frühzeitiger zur Reife bringen und daß auch das Rebholtz gesunder und reifer wird. Nimmt man noch dazu, daß sich die betreffenden Weine bouquetreicher erweisen und weniger rasch altern, so ergibt sich eine Summe von Vortheilen, welche durch die Kalisalze erzielt werden können. Was die Anwendung dieser Düngemittel betrifft, so ist es zunächst zu beachten, daß die Kalisalze in zwei Formen vorkommen, nämlich als Chloralkali und als schwefelsaures Kali. Im Allgemeinen steht es fest, daß das Kali in seiner schwefelsauren Verbindung leichter als in seiner chlorigen Verbindung von den Pflanzen aufgenommen wird, allein so weit jetzt die Beobachtungen reichen, geht das Chloralkali in die tiefen Schichten des Bodens, während das schwefelsaure Kali mehr in der Ackerkrume bleibt. Demgemäß hat man für den Weinbau mehr das Chloralkali empfohlen, und zwar in breitwürfiger Unterbringung, doch sind auch mit dem schwefelsauren Kali, namentlich in jüngeren Weinbergen, vorzügliche Resultate erzielt worden.

Bermischtes.

* Eine Gerichtsszene ganz absonderlicher Art spielte sich nach der „Trib.“ am 8. d. vor dem Berliner Polizeigericht ab. Der Polizeianwalt hatte gegen einen Mann die Anklage wegen Arbeitschau erhoben; nach Verlehung derselben äußerte der Einzelrichter jedoch, daß ihm die Motivierung unklar sei, da die Anklage ja selbst zugebe, daß der Mann nach dem ihm ertheilten Verwarnung Wohnung und Unterkommen beschafft habe, der Begriff der Arbeitschau im gesetzlichen Sinne sei hier also nicht zutreffend. Der Polizeianwalt replizierte hiergegen und geriet in eine gereizte Stimmung; die Debatte, welche sich zwischen Anwalt und Richter entspann, nahm folgenden Abschluß: Richter: „Herr Polizeianwalt, ich muß auf Ihre Bemerkungen erwidern, daß Sie sich hier nicht im Polizeipräsidium, sondern im Stadtgericht befinden; daß die Ausübung des Haakrechts hier mir zusteht und ich nöthigenfalls davon werde Gebrauch zu machen wissen.“ Anwalt: „Nun, das werde ich abwarten.“ Richter: „Ich brauche Ihnen wohl nicht erst zu sagen, daß ich nach derartigen Vorwürfen fernere nicht mehr das Vergnügen zu haben wünsche, Sie hier zu sehen.“ Anwalt: „Was Sie wünschen, ist mir vollständig gleichgültig.“ Richter flügelte (zu dem entretenden Gerichtsdienner): „Wenn der Herr Polizeianwalt noch fernher fortfährt, in unangemessenem Tone zu mir zu sprechen, so weise ich Sie an, ihn hinauszuwerfen.“ Der Polizeianwalt wartet das Weiteres nicht erst ab, sondern ergreift seine Ätzen und verschwindet.

* **Wien**, 6. April. Morgen findet unter Vorsitz des Landesgerichts-Präsidenten-Papier-Berfälschung statt. Der Angeklagte hat sein Handwerk mit Humor betrieben, denn an denjenigen Stellen der Banknoten, wo von der Nachahmung der Kreditpapiere und der hierfür angelegten Strafe die Rede ist, bat er folgende Stellen angebracht: Auf Serie m o Nr. 77,263 links: Die Nachahmung dieser Note ist von mir aus erlaubt, aber das Erwischen nicht, denn wer sich erwischen läßt, kommt nach Stein, und dieser Stein liegt mir im Magen. Darum geht Acht (folgen zwei unleserliche Worte); rechts: Ein Jeder kann probiren, wenn er will; aber wenn ihn nicht die äußerste Noth zwingt, läßt er lieber sein, sonst kommt er nach Stein in die Verpflichtung. Auf Serie m n Nr. 233,072: links: . . . Wer dieses für ein wirthliches Geld ansieht, ist ein Esel . . . rechts: . . . O ihr Affen, das Nachahmen ist keine Kunst, aber das Anbringen. Auf Serie G. Nr. 770,621: links: Die Nachahmung und Verfälschung der von der privilegierten österreichischen Nationalbank ausgefertigten Noten wird nach den Gesetzen nicht bestraft u. s. w.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Terminkalender für Konkurse und Subhastationen

für die Zeit vom 15. bis einschließlich 21. April 1869.

A. Konkurse.

I. **Größnet**: 1) Bei dem hiesigen Kreisgericht am 5. April, Vormittags 12 Uhr, der Konkurs über das Verm. des Kaufm. Charles Kaul. Tag der Zahlungseinstellung: 5. Oktober 1868. Einfl. Verwalter Auft. Kommiss. Manheimer, Konkurskommissarius Kreisgerichtsrath Gähler. 2) Bei demselben am 8. April, Vorm. 12 Uhr, der Konkurs über das Verm. des Kaufm. Emil Meyer. Tag der Zahlungseinstellung: 1. April 1868. Einfl. Verwalter Agent Rosenthal, Konkurskommissarius Kreisgerichtsrath Gähler.

II. **Termine und Fristabläufe**. Am 16. April. Bei dem Kreisgericht in Gnesen in dem Konkurs des Handelsmanns Anton Schubert derselbst, Ablauf der Zahlungs- und Ablieferungsfrist.

Am 19. April. 1) Bei dem hiesigen Kreisgericht, Vorm. 11 Uhr, in dem Konk. des Kaufm. Charles Kaul hier, Bestellung eines Verwalters. 2) Bei demselben, Vorm. 11 Uhr, in dem Konk. des Kaufmanns Julius Löppl, Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung. 3) Bei dem Kreisgericht in Wongrowitz, Vormitt. 11 Uhr, in dem Konk. des Mittelgebirgsdorfes Dobek v. Bienowal in Smusewo, Prüfung angemeldeter Forderungen.

Am 20. April. Bei dem Kreisgericht in Kompen in dem Konk. des Nittergutsbesitzers Stanislaus Karwicki in Lubczyn, Ablauf der 2. Anmeldungsfrist für Forderungen.

B. Subhastationen



Nothwendiger Verkauf. Königl. Kreisgericht zu Schrimm.

Erste Abtheilung.

Schrimm, den 14. Dezember 1868.
Das in dem Dorfe Nobakowo sub Nr. 12, belegene, dem Wirth Franz Sobkowiak und seiner früheren Chefrau Margaretha Sobkowiak geb. Korez gehörige Grundstück, abgeschägt auf 6696 Thlr. 20 Sgr. auf der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuschendenden Lage, soll theilungshalber

am 20. Juli 1869,
Vormittags 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Handels-Register.

In unser Register zur Eintragung der Ausschließung der ehelichen Gütergemeinschaft ist infolge Verfügung vom 8. April d. J. heute unter Nr. 195 eingetragen, daß der Kaufmann Samuel Kantorowicz zu Posen — Inhaber des Hauses Samuel Kantorowicz jun., vormals L. Schirm dagegen — für seine Ehe mit Matwina Kantorowicz durch Vertrag vom 25. März 1869 die Gemeinschaft der Güter unter Beibehaltung der des Erwerbes ausgeschlossen hat.

Posen, den 9. April 1869.

Königlich e s Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.
Königl. Kreisgericht zu Pleschen;

Erste Abtheilung.

Pleschen, den 21. November 1868.

Folgende dem Gutsbesitzer Johann v. Brodowski gehörigen Realitäten, als:

- 1) das adelige Gut Ordzin, abgeschägt auf 14,135 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf. und
- 2) das von Ordzin aus bewirtschaftete Grundstück Tantow Nr. 20., genannt Pietruschka-Mühle.

abgeschägt auf 2793 Thlr. 11 Sgr. 5 Pf. infolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuschendenden Tage, sollen

am 23. Juni 1869,

Vormittags 11 Uhr,
an ordentlicher Gerichtsstelle subhaftirt werden.

Diesigen Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht erschlichenen Realforderung aus den Kaufgeldern Besiedlung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Subhaftungsgericht zu melden.

Die ihrem Aufenthalte nach unbekannten Real-Interessenten Christian und Beate Farmusische schen Geleute, früher in Preußisch-Mühle, und Casimir August Scheuf, sowie der Pächter Johann v. Brodowski, früher in Ordzin, wovon zum Visitationstermine hiermit öffentlich vorgeladen.

Beläutigung.

Die Schlosser- und Schmiedearbeiten in der katholischen Kirche zu Ludom veranlagt auf 640 Thlr. 10 Sgr. sollen an den Ministerialverordneten vergeben werden, wozu ein Termin auf

Sonnabend den 17. April c.,
Vormittags 11 Uhr,

in der Schule zu Ludom anberaumt ist. Anschläge und Zeichnungen sind im Bureau des Kreisbaumeisters Platz zu Dobornik einzusehen, und werden auf Verlangen Abschriften gegen Erstattung der Copialien verabfolgt.

Ludom, den 8. April 1869.

Die Kirchen-Bau-Commission.

Die mit 200 Thaler jährlichem Gehalt, freier Dienstwohnung oder 50 Thaler Mietz-Entschädigung, und Benutzung einiger Morgen Gartenland dottierte erste Lehrerstelle an der hiesigen katholischen Schule ist vakant.

Bewerber wollen sich bei dem Schulvorstande unter Einreichung der Aktecke melden.

Samter, den 2. April 1869.

Der katholische Schul-Vorstand.

Tuch- & Auktion.

Im Auftrage des königlichen Kreisgerichts werde ich Freitag den 16. April c., Vormittag von 9 Uhr ab, im Auktions-Total, Magazinstraße Nr. 1, mehrere ganze und angeschnittene Stücke Tuch, Möbel, Haus- u. Wirthshäftsgeräthe öffentlich meistbietend versteigern.

Rychlewski,
königlicher Auktions-Kommissar.

Güter-Verkauf in Galizien.

Eine Herrschaft von 9156 M. incl. 1420 M. Acker für 54,000 Thlr.

Eine Ritterherrschaft von 7000 M. incl. 2500 M. Acker für 40,000 Thlr.

Ein Rittergut von 1492 Mrg. incl. 500 Mrg. Acker für 8000 Thlr.

Diese Güter haben bedeutende baare Gefälle, vortreffliche Waldungen, ersteres auch eine bedeutende Brennerei.

Näheres auf fr. Anfr. sub A. B. C.

poste rest. Katowitz.

Wassermühlen-Grundstück.

Wegen Todesfalls des Besitzers ist das

Mühlengut Radzionka bei Poststation Montowice (1/4 Meile von der Chaussee,

im Kreise Bromberg), sofort zu verkaufen.

Wassermühle mit zwei Sägen und Schneide-

mühle grenzt an königl. Forst, 1/2 Meile von

der Brahe. Areal 1163 Morgen mit 480 Thlr.

Grundsteuer-Reinertrag, Ziegeler und Mer-

geltabrennerei; Mühle und Land-

wirtschaft leicht trennbar, Anzahlung

10—15 Mille, Rest der Kapitalien fest.

Preis 30 Mille.

Sprzedaż konieczna.

Król. sąd powiatowy w Śremie.

Wydział pierwszy.

Śrem, dnia 14. Grudnia 1868.

Grunt w Robakowie pod Nr. 12, belegene, dem Wirth Franz Sobkowiak und seiner früheren Chefrau Margaretha Sobkowiak geb. Korez należący, oszczędzany na 6696 Thlr. 20 Sgr. auf der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzuschendenden Lage, soll theilungshalber

ma byc

dnia 20. Lipca 1869,

przedpol. o godzinie 11,

w miejscu zwykłym posiedzeń sądowych sprzedany.

Landgüter jeder Größe, von 100 Morgen

aufwärts, weise ich zum billigen Ankaufe nach. **Gerson Jarecki**,

Magazinstr. 15. in Posen.

Zu verkaufen.

Ein seit vielen Jahren bestehendes, offenes

Kolonialwaren-Geschäft in Stettin, mit

schönen Räumlichkeiten, sowie guter Provin-

zundfunktion ist wegen anderweitiger Unterneh-

mung aus freier Hand sofort zu verkaufen.

Anzahlung 5000 Thlr. — Offerten sub II.

4804 befördert die Annonce-Expedition von

Rudolf Nossen in Berlin.

Eine in bester Gegend gelegene Konditorei

ist billig zu verkaufen. Näheres bei

R. Neugebauer in Posen.

Eine anständige Frau sucht eine Milchpacht

gleichzeitig mit Wohnung zu übernehmen

Näheres St. Adalbert Nr. 44.

S. Lithauer,

vereid. Fondsmakler, Sapiehplatz 5.

Essekten-Revisions-Bureau.

Sämtliche in- und ausländische verloosbare Staatspapiere, Prämiencheine und Pfandbriefe, werden gegen Zahlung der bekannten, sehr mäßigen Gebühren von der ersten Verloosung an der sorgfältigsten Revision unterworfen und vom Revisionstage ab jeder Zinsverlust garantiert. — Bielfachen, an mich gerichteten Wünschen zu genügen, tritt von heute ab bei Aufgabe einer größeren Anzahl Nummern, namentlich solcher aus einer Serie eine wesentliche Ermäßigung der Revisiongebühren ein.

Das Bureau ist täglich geöffnet Vormittags von 8—12 und Nachmittags von 2—7 Uhr.

S. Lithauer,

Fondsmakler, Sapiehplatz Nr. 5.

Inhaber von Aktien der **Real-Kredit-Bank Nitykowski & Co.** zu Posen werden hiermit zu einer Vorberathung auf

Montag den 19. April, Vormittags 11 Uhr,

im Hôtel de Pologne zu Lissa

ergebenst eingeladen.

Diese Vorberathung erscheint im Interesse der Aktien-Inhaber gegenüber der auf den 22. d. M. zu Posen anberaumten General-Versammlung dringend geboten.

Lissa, den 12. April 1869.

Ernst Theod. Baensch.

Moritz Moll jun.

Rudolph Moll.

Adolph Seiler,

Besitzer des ersten Instituts für Glasmalerei in Schlesien,

Hoflieferant



Fr. Königl. Hoflieferant des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preussen.

Ihrer Majestät der Königin Augusta von Preussen.

Selner Hofheit des Herzogs von Braunschweig.

Breslau, Neue Taschenstrasse Nr. 5.

Das Institut fertigt Kirchenfenster jeglicher Art und zwar mit Figuren, Architecturen und Mosaiken in

Glasmalerei, sowie mit einfacher Bleiverglasung; Treppenfenster, Wappen, allegorische Figuren, Arabesken,

Blumenstücke, Randverzierungen und Glasschleiferei; alle Gattungen Fenster mit Spiegelglas, mit rheinischem

und schlesischem Glase.

Der mit dem Institut verbundene Ausstellungssaal ist täglich unentgeltlich geöffnet.

Zwei gut gehaltene Wagenpferde und eine Victoria-Chaise mit Borderverdeck stehen zum Verkauf. Adresse an die Expedition der Posener Zeitung.

Dwa dobrze utrzymywane konie po- jazdowe i jeden powóz Victoria- Chaise z zakrytym przedkiem stoją na sprzedaw. Adress: do expedycji Gazety poznańskiej.

Pr. Loosse, 1/4 16 Thlr. (Drig.), 1/8 8 Thlr.

2 Thlr. verl. **H. Goldberg**, Monbijoupl. 12. Berlin.

Pr. Loosse 1/4 16 Thlr. (Drig.), 1/8 8 Thlr.

1/4 4 Thlr., 1/2 2 Thlr. verl. **L. G. Ossowski**, Berlin, Janomstraße 2.

Eine meublierte Stube, parterre nach vorne, ist Baderstraße Nr. 13a. — Odem — zu vermieten und sofort zu beziehen.

Der Cigarrenladen

Berlinerstr. 13 ist v. Oktober zu vermieten.

St. Martin 25/26 ist versiegelt halber

eine Parterrewohnung sofort zu vermieten.

(Gingesandt.)

Herren Bidier.

Ich halte es für Pflicht, das mit Ihnen vorzüglichsten Senfkörnern erhaltenen Resultat zu veröffentlichen.

Vor etwa 3 Jahren war ich an Hamerholz und Rheumatismus in den Oberjähenstein erkrankt, daß man mich in und aus dem Bett habe müssen. Der Appetit verschwand nach und nach daran, daß trotz aller ärztlichen Hilfe und Arzneimitteln, ich ohne Hoffnung auf Genesung war. Ein ganzes Jahr hindurch hatte ich gelitten, als mir durch den Dorfsanitzer, den ich zum Seitvertreib täglich durchlas, Ihre herrlichen Senfkörner bekannt wurden; ich ließ mir einige Packete aus der Handlung des Herrn Theodor Pfeiffer in Leipzig kommen, um auch mit diesem Hausmittel einen Versuch zu machen. Nach sechsmaligem regelmäßigen Gebrauch der Senfkörner finde meine Leiden vollständig verflogen, das Bett verlassen und meinen Geschäften wieder vorstehen.

Den wunderbaren Heilkräften der Senfkörner verdanke ich einzig und allein meine Errettung und aus Dankbarkeit veröffentlicht ich diesen Brief zum Nutzen aller Leidenden.

H. F. Schmidt,

Maschinenfabrikant.

Grassamen-Offerte.

Alopeurus pratensis, Wiesensuchschwanz, eins der vorzüglichsten Wiesengräser, offerirt gegen Nachnahme, d. Br. Sollgewicht 15 Thlr. **J. Mrozowski**, in Breslau, Alt-Scheinzg.

Auf dem Gute Eli- senthal bei Nurnstadt stehen 100 Stück fernsette Nutzterschafe zum Verkauf.

Fünfzig fette, durchschnittlich ca. 95 Pfund wiegende Hammel stehen in Kopaszyn bei Wongrowie gleich zum Verkauf.



Spielkarten-Verkauf.

Spezial-Agenten für die verschiedenen Gegenenden Deutschlands werden von einer größeren Spielkarten-Fabrik gefertigt. Offerten zu richten an:

Prinzipale, Behörden u. c., welche Stellen aller Art zu besetzen haben, belieben diese gef. zur Gratis-Inserion in der Zeitung "Bacanzen-Liste" dem Unterzeichneten aufzugeben, da durch dies seit 10 Jahren bewährte Blatt den Stellensuchenden Kommissionäre, folglich Unkosten und Honorare gänzlich erspart werden.

A. Retemeyer,
Redakteur der "Bacanzen-Liste"
in Berlin.

Ein Wirthschafts-Eleve, mit tüchtigen Schulkenntnissen und aus einer gebildeten Familie, wird von mir zum 1. Juli d. J. gesucht.

Woynow bei Bromberg, d. 1. April 1869.

B. F. Rahm, Rittergutsbesitzer.

Ein gebildeter, praktischer Wirthschaftsbeamter, 26 Jahre alt, evangelisch, unverheirathet, polnisch sprechend und gut empfohlen, sucht zum 1. Juli c. eine selbstständige Stellung. Gef. Offerten sind unter A. B. Wirthschaft einzusenden.

Dom. Bogwidze bei Pleschen sucht zu Johanni einen deutschen Wirthschafts-Eleven.

Ein deutscher Wirthschafts-Inspektor,

beider Landesprachen mächtig, mit guten Altestenversuchen, sucht vom 1. Juli c. ab Stellung. Gef. Offerten erbitdet man unter C. M. poste restante fr. Schrimm, zu überreden.

Ein verheiratheter Brennereiverwalter, militärfrei, der von 1865 bis jetzt eine Dampfbrennerei mit 200 Sch. tägl. Verbrauch geleitet, mit dem Maschinenbetriebe gründlich vertraut und gelehrter Schlosser ist, sucht von Johann c. ab Stellung. Gef. Offerten beliebt man unter Schrifte T... P poste rest. Kroeben gefällig einzusenden.

Ein Wirthschafts-Inspektor zum sofortigen Antritt, Pommer, militärfrei.

Zu erfragen Kleine Gerberstraße Nr. 14, 2 Treppen hoch.

Ein Orgelbauer-Gehilfe oder Tischler findet Beschäftigung bei Orgelbauer M. Kraska

in Posen, Bischerte 1.

Ein Knabe, Sohn ordentlicher Eltern, findet Beschäftigung im Bureau des Rechtsanwalts Treplin.

Ein tüchtiger Gärtner wird sofort verlangt. Persönliche Vorstellung bei Heinrich Mayer, Kunst- und Handelsgärtner und Samenhändler.

Posen, Königstraße 15a.



Spielkarten-Verkauf.

Spezial-Agenten für die verschiedenen Gegenenden Deutschlands werden von einer größeren Spielkarten-Fabrik gefertigt. Offerten zu richten an:

Gute, anständige Mädchen weist nach Meths-frau Ulrich, Große Ritterstr. 15.

Ein Volontair u. ein Lehrling t. eintreten in d. Modewarenhandlung S. H. Korach.

Ein Lehrling, der beiden Landesprachen mächtig, findet sofort ein Unterkommen in der Defilation bei

W. A. Seidel,

St. Martin 68.

Wer einen gut empfohlenen, unverh. anständigen und brauchbaren Wirthschafts-Inspektor zum 1. Juli d. J. zu engagiren wünscht, beliebt gef. die Adresse unter A. A. 66 in der Egy. d. Stg. niedergelegen.

Ein gebildeter, praktischer Wirthschafts-Beamter, 26 Jahre alt, evangelisch, unverheirathet, polnisch sprechend und gut empfohlen, sucht zum 1. Juli c. eine selbstständige Stellung. Gef. Offerten sind unter A. B. Wirthschaft einzusenden.

Dom. Bogwidze bei Pleschen sucht zu Johanni einen deutschen Wirthschafts-Eleven.

Ein deutscher Wirthschafts-Inspektor,

beider Landesprachen mächtig, mit guten Altestenversuchen, sucht vom 1. Juli c. ab Stellung. Gef. Offerten erbitdet man unter C. M. poste restante fr. Schrimm, zu überreden.

Ein verheiratheter Brennereiverwalter, militärfrei, der von 1865 bis jetzt eine Dampfbrennerei mit 200 Sch. tägl. Verbrauch geleitet, mit dem Maschinenbetriebe gründlich vertraut und gelehrter Schlosser ist, sucht von Johann c. ab Stellung. Gef. Offerten beliebt man unter Schrifte T... P poste rest. Kroeben gefällig einzusenden.

Ein Wirthschafts-Inspektor zum sofortigen Antritt, Pommer, militärfrei.

Zu erfragen Kleine Gerberstraße Nr. 14, 2 Treppen hoch.

Ein Orgelbauer-Gehilfe oder Tischler findet Beschäftigung bei Orgelbauer M. Kraska

in Posen, Bischerte 1.

Ein Knabe, Sohn ordentlicher Eltern, findet Beschäftigung im Bureau des Rechtsanwalts Treplin.

Ein tüchtiger Gärtner wird sofort verlangt. Persönliche Vorstellung bei Heinrich Mayer, Kunst- und Handelsgärtner und Samenhändler.

Posen, Königstraße 15a.



Spielkarten-Verkauf.

Spezial-Agenten für die verschiedenen Gegenenden Deutschlands werden von einer größeren Spielkarten-Fabrik gefertigt. Offerten zu richten an:

Gute, anständige Mädchen weist nach Meths-frau Ulrich, Große Ritterstr. 15.

Ein Volontair u. ein Lehrling t. eintreten in d. Modewarenhandlung S. H. Korach.

Ein Lehrling, der beiden Landesprachen mächtig, findet sofort ein Unterkommen in der Defilation bei

W. A. Seidel,

St. Martin 68.

Wer einen gut empfohlenen, unverh. anständigen und brauchbaren Wirthschafts-Inspektor zum 1. Juli d. J. zu engagiren wünscht, beliebt gef. die Adresse unter A. A. 66 in der Egy. d. Stg. niedergelegen.

Ein gebildeter, praktischer Wirthschafts-Beamter, 26 Jahre alt, evangelisch, unverheirathet, polnisch sprechend und gut empfohlen, sucht zum 1. Juli c. eine selbstständige Stellung. Gef. Offerten sind unter A. B. Wirthschaft einzusenden.

Dom. Bogwidze bei Pleschen sucht zu Johanni einen deutschen Wirthschafts-Eleven.

Ein deutscher Wirthschafts-Inspektor,

beider Landesprachen mächtig, mit guten Altestenversuchen, sucht vom 1. Juli c. ab Stellung. Gef. Offerten erbitdet man unter C. M. poste restante fr. Schrimm, zu überreden.

Ein verheiratheter Brennereiverwalter, militärfrei, der von 1865 bis jetzt eine Dampfbrennerei mit 200 Sch. tägl. Verbrauch geleitet, mit dem Maschinenbetriebe gründlich vertraut und gelehrter Schlosser ist, sucht von Johann c. ab Stellung. Gef. Offerten beliebt man unter Schrifte T... P poste rest. Kroeben gefällig einzusenden.

Ein Wirthschafts-Inspektor zum sofortigen Antritt, Pommer, militärfrei.

Zu erfragen Kleine Gerberstraße Nr. 14, 2 Treppen hoch.

Ein Orgelbauer-Gehilfe oder Tischler findet Beschäftigung bei Orgelbauer M. Kraska

in Posen, Bischerte 1.

Ein Knabe, Sohn ordentlicher Eltern, findet Beschäftigung im Bureau des Rechtsanwalts Treplin.

Ein tüchtiger Gärtner wird sofort verlangt. Persönliche Vorstellung bei Heinrich Mayer, Kunst- und Handelsgärtner und Samenhändler.

Posen, Königstraße 15a.



Spielkarten-Verkauf.

Spezial-Agenten für die verschiedenen Gegenenden Deutschlands werden von einer größeren Spielkarten-Fabrik gefertigt. Offerten zu richten an:

Gute, anständige Mädchen weist nach Meths-frau Ulrich, Große Ritterstr. 15.

Ein Volontair u. ein Lehrling t. eintreten in d. Modewarenhandlung S. H. Korach.

Ein Lehrling, der beiden Landesprachen mächtig, findet sofort ein Unterkommen in der Defilation bei

W. A. Seidel,

St. Martin 68.

Wer einen gut empfohlenen, unverh. anständigen und brauchbaren Wirthschafts-Inspektor zum 1. Juli d. J. zu engagiren wünscht, beliebt gef. die Adresse unter A. A. 66 in der Egy. d. Stg. niedergelegen.

Ein gebildeter, praktischer Wirthschafts-Beamter, 26 Jahre alt, evangelisch, unverheirathet, polnisch sprechend und gut empfohlen, sucht zum 1. Juli c. eine selbstständige Stellung. Gef. Offerten sind unter A. B. Wirthschaft einzusenden.

Dom. Bogwidze bei Pleschen sucht zu Johanni einen deutschen Wirthschafts-Eleven.

Ein deutscher Wirthschafts-Inspektor,

beider Landesprachen mächtig, mit guten Altestenversuchen, sucht vom 1. Juli c. ab Stellung. Gef. Offerten erbitdet man unter C. M. poste restante fr. Schrimm, zu überreden.

Ein verheiratheter Brennereiverwalter, militärfrei, der von 1865 bis jetzt eine Dampfbrennerei mit 200 Sch. tägl. Verbrauch geleitet, mit dem Maschinenbetriebe gründlich vertraut und gelehrter Schlosser ist, sucht von Johann c. ab Stellung. Gef. Offerten beliebt man unter Schrifte T... P poste rest. Kroeben gefällig einzusenden.

Ein Wirthschafts-Inspektor zum sofortigen Antritt, Pommer, militärfrei.

Zu erfragen Kleine Gerberstraße Nr. 14, 2 Treppen hoch.

Ein Orgelbauer-Gehilfe oder Tischler findet Beschäftigung bei Orgelbauer M. Kraska

in Posen, Bischerte 1.

Ein Knabe, Sohn ordentlicher Eltern, findet Beschäftigung im Bureau des Rechtsanwalts Treplin.

Ein tüchtiger Gärtner wird sofort verlangt. Persönliche Vorstellung bei Heinrich Mayer, Kunst- und Handelsgärtner und Samenhändler.

Posen, Königstraße 15a.



Spielkarten-Verkauf.

Spezial-Agenten für die verschiedenen Gegenenden Deutschlands werden von einer größeren Spielkarten-Fabrik gefertigt. Offerten zu richten an:

Gute, anständige Mädchen weist nach Meths-frau Ulrich, Große Ritterstr. 15.

Ein Volontair u. ein Lehrling t. eintreten in d. Modewarenhandlung S. H. Korach.

Ein Lehrling, der beiden Landesprachen mächtig, findet sofort ein Unterkommen in der Defilation bei

W. A. Seidel,

St. Martin 68.

Wer einen gut empfohlenen, unverh. anständigen und brauchbaren Wirthschafts-Inspektor zum 1. Juli d. J. zu engagiren wünscht, beliebt gef. die Adresse unter A. A. 66 in der Egy. d. Stg. niedergelegen.

Ein gebildeter, praktischer Wirthschafts-Beamter, 26 Jahre alt, evangelisch, unverheirathet, polnisch sprechend und gut empfohlen, sucht zum 1. Juli c. eine selbstständige Stellung. Gef. Offerten sind unter A. B. Wirthschaft einzusenden.

Dom. Bogwidze bei Pleschen sucht zu Johanni einen deutschen Wirthschafts-Eleven.

Ein deutscher Wirthschafts-Inspektor,

beider Landesprachen mächtig, mit guten Altestenversuchen, sucht vom 1. Juli c. ab Stellung. Gef. Offerten erbitdet man unter C. M. poste restante fr. Schrimm, zu überreden.

Ein verheiratheter Brennereiverwalter, militärfrei, der von 1865 bis jetzt eine Dampfbrennerei mit 200 Sch. tägl. Verbrauch geleitet, mit dem Maschinenbetriebe gründlich vertraut und gelehrter Schlosser ist, sucht von Johann c. ab Stellung. Gef. Offerten beliebt man unter Schrifte T... P poste rest. Kroeben gefällig einzusenden.

Ein Wirthschafts-Inspektor zum sofortigen Antritt, Pommer, militärfrei.

Zu erfragen Kleine Gerberstraße Nr. 14, 2 Treppen hoch.

Ein Orgelbauer-Gehilfe oder Tischler findet Beschäftigung bei Orgelbauer M. Kraska

in Posen, Bischerte 1.

Ein Knabe, Sohn ordentlicher Eltern, findet Beschäftigung im Bureau des Rechtsanwalts Treplin.

Ein tüchtiger Gärtner wird sofort verlangt. Persönliche Vorstellung bei Heinrich Mayer, Kunst- und Handelsgärtner und Samenhändler.

Posen, Königstraße 15a.



Spielkarten-Verkauf.

Spezial-Agenten für die verschiedenen Gegenenden Deutschlands werden von einer größeren Spielkarten-Fabrik gefertigt. Offerten zu richten an:

Gute, anständige Mädchen weist nach Meths-frau Ulrich, Große Ritterstr. 15.

Ein Volontair u. ein Lehrling t. eintreten in d. Modewarenhandlung S. H. Korach.

Ein Lehrling, der beiden Landesprachen mächtig, findet sofort ein Unterkommen in der Defilation bei

W. A. Seidel,

St. Martin 68.

Wer einen gut empfohlenen, unverh. anständigen und brauchbaren Wirthschafts-Inspektor zum 1. Juli d. J. zu engagiren wünscht, beliebt gef. die Adresse unter A. A. 66 in der Egy. d. Stg. niedergelegen.

Ein gebildeter, praktischer Wirthschafts-Beamter, 26 Jahre alt, evangelisch, unverheirathet, polnisch sprechend und gut empfohlen, sucht zum 1. Juli c. eine selbstständige Stellung. Gef. Offerten sind unter A. B. Wirthschaft einzusenden.

Dom. Bogwidze bei Pleschen sucht zu Johanni einen deutschen Wirthschafts-Eleven.

Ein deutscher Wirthschafts-Inspektor,

beider Landesprachen mächtig, mit guten Altestenversuchen, sucht vom 1. Juli c. ab Stellung. Gef. Offerten erbitdet man unter C. M. poste restante fr. Schrimm, zu überreden.

Ein verheiratheter Brennereiverwalter, militärfrei, der von 1865 bis jetzt eine Dampfbrennerei mit 200 Sch. tägl. Verbrauch geleitet, mit dem Maschinenbetriebe gründlich vertraut und gelehrter Schlosser ist, sucht von Johann c. ab Stellung. Gef. Offerten beliebt man unter Schrifte T... P poste rest. Kroeben gefällig einzusenden.

Ein Wirthschafts-Inspektor zum sofortigen Antritt, Pommer, militärfrei.

bezahlte. Mittlere Qualitäten blieben vernachlässigt und nur gegen den Schluss des Marktes fanden Spekulationsläufe nach Hamburg hierin statt.

7634 Stück Schafzieh. Das Verkaufsgefecht nahm einen trügen Verlauf, da die starke Bürste bei so schwächer Kauflust auf Konfessionen zu Gunsten des Käufers hoffen ließ. Von schwereren Hammeln wurden einige Posten exportiert, für 40 bis 45 Pfund Fleischgewicht wurden 7 à 8 Ehrengesalbte gezahlt.

1075 Stück Rinder erzielten mittelmäßige Durchschnittspreise und wurden bei ziemlich lebhaftem Verkehr verkauft.

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 12. April, Nachmittags 1 Uhr. Weizen flau, loko 6, 10 a 6, 25, pr. Mai 5, 24 $\frac{1}{2}$, pr. Juni 5, 25, pr. Juli 5, 27 $\frac{1}{2}$. Roggen niedriger, loko 5, 5 a 5, 10, pr. Mai 5, 2, pr. Juni 4, 27 $\frac{1}{2}$, pr. Juli 4, 29 $\frac{1}{2}$. Rübel unverändert, loko 11 $\frac{1}{2}$, pr. Mai 11, pr. Oktober 11 $\frac{1}{2}$. Leinol loko 11 $\frac{1}{2}$. Spiritus loko 19 $\frac{1}{2}$.

Breslau, 12. April, Nachmittags. Angenehm.

Spiritus 8000% Dr. 14 $\frac{1}{2}$. Roggen pr. April 48 $\frac{1}{2}$, pr. April-Mai 48 $\frac{1}{2}$. Rübel pr. April-Mai 9 $\frac{1}{2}$, pr. Herbst 9 $\frac{1}{2}$. Raps unverändert. Bink fest.

Bremen, 12. April. Petroleum, Standard white, ruhig, unverändert.

Hamburg, 12. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Salutens begehrte. Wechsel auf Wien 9 $\frac{1}{2}$.

Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, Roggen matt. Weizen pr. April 5400 Pfund netto 113 Bantohaler Br., 112 Gd., pr. April-Mai 112 $\frac{1}{2}$ Br., 112 Gd., pr. Juli-August 116 Br., 115 $\frac{1}{2}$ Gd. Roggen pr. April 5000 Pfund Brutto 91 Br., 90 Gd., pr. April-Mai 91 Br., 90 Gd., pr. Juli-August 85 Br., 84 $\frac{1}{2}$ Gd. Hafer ohne Kauflust. Rübel matt, loko 21 $\frac{1}{2}$, pr. Mai 21 $\frac{1}{2}$, pr. Oktober 21 $\frac{1}{2}$. Spiritus ohne Kauflust, pr. April 21, pr. September 22. Kaffee aufgeriegelt, gegen Sonnabend g \ddot{a} höher. Bink ohne Kauflust. Petroleum fest, loko 18 $\frac{1}{2}$, pr. April 14 $\frac{1}{2}$, pr. Juli-Dezember 16 $\frac{1}{2}$.

London, 12. April. Getreidemarkt (Schlußbericht). Fremde Sufuhren seit gestern Montag: Weizen 14,087, Gerste 3593, Hafer 21,939 Quarters.

In Weizen in Folge des warmen Wetters sehr geringes Geschäft, obgleich 1 bis 2 Sch. niedriger läufig. Gerste, besonders Malzgerste, flau. Hafer ohne Kauflust, unverändert.

Liverpool (via Haag), 12. April, Mittags. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Guter Markt, Preise ansteigend.

Middling Orleans 12 $\frac{1}{2}$, middling Amerikanische 12 $\frac{1}{2}$, fair Dohlerah 10 $\frac{1}{2}$, middling fair Dohlerah 10 $\frac{1}{2}$, good middling Dohlerah 9 $\frac{1}{2}$, fair Bengal 8 $\frac{1}{2}$, New fair Domra 10 $\frac{1}{2}$, Pernam 12 $\frac{1}{2}$, Smyrna 10 $\frac{1}{2}$, Egyptische 13, Domra landend 9 $\frac{1}{2}$.

Paris, 12. April, Nachmittags.

Rübel pr. April 81, 75, pr. Juli-August 85, 00, pr. September-Dezember 86, 25. Weiß pr. April 51, 75, pr. Juni 53, 00, pr. Juli-August 53, 75. Spiritus pr. April 67, 50. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 12. April, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen flau. Roggen loko unverändert, pr. Mai 195, pr. Oktober 185. Raps pr. April 64, pr. Oktober 67. Rübel pr. Mai 33 $\frac{1}{2}$, pr. Herbst 35. — Sommerwetter.

Konkord. II. Aktienbörsen.

Berlin, den 12 April 1869.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4 $\frac{1}{2}$	97 $\frac{1}{2}$ G
Staats-Anl. v. 1869	102 $\frac{1}{2}$ G
do. 1864, 55, A, 4 $\frac{1}{2}$	93 $\frac{1}{2}$ G
do. 1857	93 $\frac{1}{2}$ G
do. 1859	93 $\frac{1}{2}$ G
do. 1865	93 $\frac{1}{2}$ G
do. 1864	93 $\frac{1}{2}$ G
do. 1867 A.B.C. 4 $\frac{1}{2}$	93 $\frac{1}{2}$ G
do. 1850, 52 conv. 4	86 $\frac{1}{2}$ G
do. 1853	86 $\frac{1}{2}$ G
do. 1862	86 $\frac{1}{2}$ G
do. 1868 A. 4	86 $\frac{1}{2}$ G
Staatschuld-Ahne 3 $\frac{1}{2}$	82 $\frac{1}{2}$ G
Präm. St. Anl. 1855	124 G
Rurh. 40 $\frac{1}{2}$ Jhr.-Obl.	57 $\frac{1}{2}$ G
Rurh. u. Reun. Schloß	3 $\frac{1}{2}$
Oberdeichsh.-Obl.	4 $\frac{1}{2}$
Berl. Stadtoblig.	5
do. do.	94 G
do. do.	73 $\frac{1}{2}$ G
Berl. Börs.-Obl.	5 100 $\frac{1}{2}$ G
Berliner	93 $\frac{1}{2}$ G
Kur. u. Reun. 3 $\frac{1}{2}$	73 $\frac{1}{2}$ G
Ostpreußische	73 $\frac{1}{2}$ G
do. 4	81 $\frac{1}{2}$ G
do. 489 $\frac{1}{2}$ G	89 $\frac{1}{2}$ G
Pommersche	73 G
Posensche	4 —
do. neue	3 $\frac{1}{2}$ —
Sächsische	4 83 $\frac{1}{2}$ G
Schlesische	4 —
do. Lit. A. 4	—
do. neue	4 —
Westpreußische	71 $\frac{1}{2}$ G 4 $\frac{1}{2}$ 40% 88 $\frac{1}{2}$
do. 4	81 G 4 $\frac{1}{2}$ 40% 88 $\frac{1}{2}$
do. 4	88 $\frac{1}{2}$ G
Kur. u. Reun. 4	88 $\frac{1}{2}$ G
Pommersche	88 $\frac{1}{2}$ G
Breitländer	87 $\frac{1}{2}$ G
Königl. Westf.	89 $\frac{1}{2}$ G
do. Lit. A. C. 4	100 G
do. 4	88 $\frac{1}{2}$ G
Anhalt. Landes-Bl.	4 82 G
Berl. Kass.-Bereit.	4 164 G
Berl. Handels-Gef.	4 130 $\frac{1}{2}$ G
Braunschw. Bank	4 107 $\frac{1}{2}$ G etw. G
Bremer Bank	4 113 $\frac{1}{2}$ G
Coburg. Kredit-Bl.	4 86 G
Berl. Potsd.-Pgd.	4 104 G
Danziger Priv.-Bl.	4 104 G
Darmstädter Kred.	4 109 G
do. Bittel-Bank.	4 95 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.	
Anhalt. Landes-Bl.	4 82 G
Berl. Kass.-Bereit.	4 164 G
Berl. Handels-Gef.	4 130 $\frac{1}{2}$ G
Braunschw. Bank	4 107 $\frac{1}{2}$ G etw. G
Berl. Görlicher	5 100 $\frac{1}{2}$ etw. G
Berl. Hamburg	4 —
Berl. Coburg. Kredit-Bl.	4 86 G
Berl. Potsd.-Pgd.	4 104 G
Berl. Kred.-Gef.	4 109 G
do. Bittel-Bank.	4 95 G

Prioritäts-Obligationen.	
Aachen-Düsseldorf	4 82 G
do. II. Em. 4	81 etw. G
do. III. Em. 4	88 G
do. IV. Em. 4	92 $\frac{1}{2}$ G
do. V. Em. 4	82 G
do. VI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. VII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. VIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. IX. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. X. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XIV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XVI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XVII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XVIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XIX. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XX. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXIV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXVI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXVII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXVIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXIX. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXX. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXXI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXXII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXXIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXXIV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXXV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXXVI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXXVII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXXVIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XXXIX. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XL. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XLI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XLII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XLIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XLIV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XLV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XLVI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XLVII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XLVIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. XLIX. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. L. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LIV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LX. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXIV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXVI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXVII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXVIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXIX. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LX. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXIII. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXIV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXV. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXVI. Em. 4	80 $\frac{1}{2}$ G
do. LXVII	